

KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2019

Freie Demokraten Mannheim

Freie
Demokraten

Mannheim **FDP**



LIBERALE KOMMUNALPOLITIK DURCH FREIHEIT VOR ORT

Selbstverantwortung und die Achtung vor der Menschenwürde sind wichtige Grundpfeiler einer liberalen Politik.

Freiheit, Weltoffenheit und Toleranz gehören untrennbar zur Mannheimer Stadtgeschichte. Die Entwicklung der Stadt Mannheim ist seit jeher durch verschiedenste Kulturen und Nationalitäten bereichert worden.

Unverkennbar hat auch die liberale Epoche Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute in Mannheim ihre Spuren hinterlassen. Doch auch Mannheim braucht Veränderungen, um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein.

Als Liberale möchten wir in diesem Programm Antworten auf die Fragen der Zeit geben und Lösungsvorschläge unterbreiten, damit unsere Heimatstadt eine lebendige, weltoffene und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt bleibt.

Wir wollen die Stadt zum Positiven verändern. Neue Ideen und Wege sind dabei gefragt. Für uns Liberale steht dabei immer die Freiheit und Eigenverantwortung vor staatlichen Regeln und städtischem Reglungssaktionismus.

INHALT

Teil A

7

Liberale Schwerpunkte in der Mannheimer Kommunalpolitik

Liberale Gesellschaft durch Toleranz	8
Liberale Sozialpolitik schafft Teilhabe	8
Liberale Politik für Familien	9
Liberale schaffen Freiräume durch solides Haushalten und Schuldenabbau	9
Liberale Wirtschaftspolitik schafft Soziale Marktwirtschaft	11
Liberale Bildungspolitik will Chancen für alle	13
Liberale Sicherheitspolitik achtet die Freiheit der Bürger	16
Liberale kämpfen für eine bessere Verkehrsinfrastruktur	17
Liberale Umwelt- und Energiepolitik schafft Lebensqualität	19
Liberale Kulturpolitik macht Mannheim attraktiv	20
Liberale wollen Integration und Vielfalt	22

Liberale Stadtentwicklungspolitik fördert Wohn- und Lebensräume	24
Liberale Jugendpolitik will Mannheim auch in Zukunft attraktiv machen	25

Teil B

27

Kommunalpolitisches Alphabet

Arbeitsmarkt und Fachkräfte	28
Bäder	29
Barrierefreiheit vorantreiben	29
Baugemeinschaften	30
Bildung	30
Bundesgartenschau BUGA 2023	32
Bürgerbeteiligung	33
Bürgerrechte	33
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement	34
Denkmalschutz	34
Digitalisierung	35
Energie	36
Fachkräftemangel	36
Familie, Jugend und Senioren	36
Flussufer	38

Genossenschaften und Baugemeinschaften	38
Gesundheit	39
Gleichstellung	39
Grundsteuer	40
Grünflächen und Parkanlagen	40
Haushaltskonsolidierung	41
Infrastruktur	42
Integration	44
Klinikum	45
Konversion	45
Kultur	45
Metropolregion	46
Mittelstandspolitik	46
Mobilität	47
ÖPNV	47
Radverkehr	47
Seniorenpolitik	48
Sicherheit und Katastrophenschutz	49
Sport	50
Stadt Mannheim als Arbeitgeber	50
Stadtentwicklung und Konversion	51
Tourismus	52
Umwelt	53
Vereine	54
Verkehr, ÖPNV und Mobilität	55

Vielfalt, Toleranz und Diversität	56
Wirtschaft	56
Wissenschaft	57
Wohnen und Mieten	58

Teil C

61

Stadtteile stärken

Almenhof	62	Neuhermsheim	69
Blumenau	62	Neustheim	69
Feudenheim	62	Oststadt	69
Friedrichsfeld	63	Rheinau	70
Herzogenried und Wohlgelegen	63	Sandhofen	70
Hochstätt	64	Scharhof	71
Innenstadt	64	Schönau	71
Jungbusch	65	Schwetzingenstadt	71
Käfertal	66	Seckenheim	72
Lindenhof	66	Straßenheim	72
Luzenberg	67	Vogelstang	72
Neckarau	67	Waldhof	73
Neckarstadt-Ost	68	Wallstadt	73
Neckarstadt-West	68	Wohlgelegen	73

A decorative yellow grid pattern with a slight perspective, consisting of thick yellow lines forming squares on a lighter yellow background, occupies the left side of the image.

TEIL A

Liberaler Schwerpunkte in der Mannheimer Kommunalpolitik

LIBERALE GESELLSCHAFT DURCH TOLERANZ

Mannheim ist in seiner über 400-jährigen Geschichte ein Paradebeispiel für ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sozialer und kultureller Herkunft. Menschen aus über 170 Nationen haben in Mannheim ihre Heimat gefunden.

Für uns Liberale ist dabei wichtig, dass alle unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Identität die Lebensentwürfe der Anderen respektieren. Wir Liberalen unterstützen daher die Ansätze im Mannheimer Aktionsbündnis für Toleranz und Vielfalt sowie den Einsatz für die sinnvolle Umsetzung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Die tatsächliche Gleich-

stellung von Männern und Frauen ist ein erklärtes Ziel liberaler Politik. Wir wollen bestehende Benachteiligungen abbauen und Chancengleichheit ermöglichen.

Kindern und Jugendlichen muss Mannheim genauso Heimat und Raum geben, wie Seniorinnen und Senioren. Familien und Alleinerziehende mit Kindern, Singles und gleichgeschlechtliche Paare müssen sich in Mannheim wohlfühlen können und sind fester Bestandteile unserer Idee der offenen und freien Bürgergesellschaft.

LIBERALE SOZIALPOLITIK SCHAFFT TEILHABE

Eine freie Gesellschaft bedingt die Teilhabe aller Bürgerinnen

und Bürger. Diese zu fördern ist Basis liberaler Sozialpolitik. Denn nur wer über eine ausreichende materielle Grundlage und Bildung verfügt, kann selbstbestimmt am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben seiner Stadt teilnehmen und dieses aktiv mitgestalten.

Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass Sozialleistungen möglichst zielgenau die bedürftigen Menschen erreichen und unbürokratisch, effizient ausgestaltet sind.

Doch zu einer erfolgreichen und zukunftsorientierten, kommunalen Sozialpolitik gehört weit mehr: So fordern wir konsequente Vorbereitung auf und Integration in den ersten Arbeitsmarkt (statt „Parken“ in Kommunalen Beschäftigungsförderung) sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserer Stadt und Region sichern. Das Ziel

einer barrierefreien Stadtarchitektur ist eine Daueraufgabe, um Menschen mit Handicap uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten und unserer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden. Mannheim ist lebenswert und muss es für alle sein.

LIBERALE POLITIK FÜR FAMILIEN

Die wichtigste und grundlegende Lebensgemeinschaft ist die Familie als generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft. Die Familie ist dabei Quelle von Anerkennung und Solidarität. Unser Bild von Ehe, Familie und anderen Verantwortungsgemeinschaften bleibt offen.

Gesellschaftliche Vielfalt zeigt sich in unserem weltoffenen

Mannheim auch insbesondere in der Vielfalt der Lebensentwürfe. Fundament unserer Gesellschaft ist die Übernahme von dauerhafter Verantwortung füreinander. Wir schreiben den Menschen die Form ihres Zusammenlebens nicht vor. Jeder soll seinen eigenen Weg gehen können.

Damit jeder auf seine Weise glücklich werden und leben kann, ist es für die Freien Demokraten entscheidend, dass sich private und berufliche Lebensentwürfe so gut wie möglich miteinander vereinbaren lassen. Berufliche und familiäre Planung müssen in Einklang gebracht werden können. Deswegen setzt sich die FDP in Mannheim seit langem für den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersklassen und für Ganztagschulen ein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst zum Standortfaktor im kommunalen Wettbewerb geworden. Wir wollen, dass

Mannheim für junge Familien eine attraktive, familienfreundliche Stadt wird und bleibt.

LIBERALE SCHAFFEN FREIRÄUME DURCH SOLIDES HAUSHALTEN UND SCHULDENABBAU

Die Stadt Mannheim lebt seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse. Trotz Rekordsteuereinnahmen bleibt unter dem Strich die Schuldenlast der Stadt Mannheim weiterhin deutlich über 500 Millionen Euro. Rechnet man die Schulden der städtischen Eigenbetriebe – wie der kommunalen Museen, der Versorgungsbetriebe etc. – hinzu, kommt man auf

einen Gesamtschuldenstand von rund einer Milliarde Euro. Dank unerwarteter Mehreinnahmen steigen die Rücklagen derzeit erfreulicherweise. Dennoch ist der städtische Haushalt auf Kante genäht und mit unkalkulierbaren Risiken wie steigende Zinsen, sich verschlechternder Wirtschaftslage und die Entwicklung des Klinikums behaftet. Zudem schieben wir trotz enormer Investitionen in den letzten Jahren nach wie vor einen beträchtlichen Investitions- und Sanierungsstau vor uns her.

Hinzukommen beträchtliche Risiken für den städtischen Haushalt durch so genannte „Schattenhaushalte“. Gegen die Stimmen der Liberalen hat der Mannheimer Gemeinderat fortlaufend wesentliche Aufgaben und Kosten in neue städtische Gesellschaften verschoben. So erscheinen zum Beispiel die Millioneninvestitionen der Pro-

jektentwicklungsgesellschaft MWSP, die alle zentralen Entscheidungen über den Ankauf und die Entwicklung von Konversionsflächen trifft, nicht mehr im städtischen Haushaltsplan. Beschlüsse werden im Aufsichtsrat der Gesellschaften gefasst, nicht mehr im Gemeinderat, der sich damit quasi selbst entmachtet. Die FDP lehnt die Auslagerung weiterer Aufgaben in städtische Gesellschaften ab. Wir begrüßen z.B., dass der Neubau der Stadtbibliothek jetzt doch direkt über den Haushalt abgebildet wird. Die FDP tritt vehement für mehr Haushaltstransparenz ein und streitet für eine direkte Einflussnahme des Gemeinderats als vom Bürger legitimiertes Gremium.

Rekordsteuereinnahmen auch auf kommunaler Ebene und eine historisch niedrige Arbeitslosenquote in unserer Stadt sind beste Voraussetzung dafür, jetzt

konsequent den städtischen Haushalt zu konsolidieren und eine vernünftige Balance zu finden zwischen Schuldenabbau einerseits und Sanierung und Modernisierung unserer Infrastruktur sowie Investitionen in die Zukunft andererseits: Damit wir Gestaltungsspielräume der nächsten Generation nicht durch Überschuldung verspielen – eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Die Verwaltung muss im Rahmen des Krippenausbauprogramms mehr Mitarbeiter in der Kinderbetreuung einstellen, ebenso wie weitere Stellen bei der Feuerwehr schaffen laut Brandschutzbedarfsplan. Diese zusätzlichen Personalstellen sind zu begrüßen. Dagegen lehnen wir hochbezahlte Beraterstellen für die Verwaltungsspitze, die sich immer neue Aufgabenbereiche suchen und die Verwaltung unnötig aufblähen, ab. Deshalb

fordern wir eine Obergrenze der Personalkosten von maximal 25% der Gesamtausgaben der Stadt (Personalaufwandsquote). Genauso lehnen wir weiterhin das – selbst vom Oberbürgermeister für unnötig befundene – fünfte Dezernat ab. Wir wollen eine möglichst schlanke und effiziente Stadtverwaltung und setzen freiwerdende Mittel lieber für die Reduzierung der Schulden und für Investitionen in die Zukunft ein.

Die Stadt ist als Auftraggeber von Investitionen ein wichtiger Impulsgeber für das lokale und regionale Handwerk und die Wirtschaft insgesamt. Trotz konkreter finanzieller Vorgaben laufen städtische Bauprojekte dennoch immer wieder aus dem Ruder und sprengen den Kostenrahmen. Diese Mehrausgaben summieren sich zu hohen zweistelligen Millionenbeträgen. Jeder private Hausbauer muss

im Rahmen des finanziell Machbaren bleiben und entsprechend abspecken. Auch die Stadt muss endlich stärker die Kostenkontrolle bei städtischen Bauprojekten im Blick haben.

LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK SCHAFFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Sowohl die Großunternehmen als auch viele kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf ihren Heimatmärkten wachsender internationaler Konkurrenz ausgesetzt und müssen mit großen Anstrengungen ihre Absatzmärkte im Ausland verteidigen und neue Exportmärkte erschließen. Ihr Erfolg und damit Arbeits- und

Ausbildungsplätze in Mannheim hängen letztlich auch von den politischen Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene ab.

So schadet vor allem die 2011 gegen die Stimmen der FDP beschlossene Gewerbesteuererhöhung massiv dem Wirtschaftsstandort Mannheim sowohl im Vergleich zum unmittelbaren Umland als auch im nationalen und globalen Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsregionen. Die Folgen verschlechterter kommunaler Rahmenbedingungen sind Investitionsverlagerungen, Standortschließungen, fehlende Neuansiedlungen und damit letztlich der Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen.

Vor allem die mittelständischen Unternehmen, insbesondere Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Handwerk und Kleingewerbe werden zudem auch überproportional stark von Bürokratie und Überregulierung belastet. Die

Freien Demokraten wiederholen daher ihre Forderung nach Steuer- und Abgabentlastungen und nach Entbürokratisierung, um Arbeitsplätze in Mannheim zu sichern. Wir möchten junge Menschen so qualifizieren, damit Ausbildungsplätze besetzt werden können.

Dass Mannheim für Gründerinnen und Gründer attraktiv bleibt, ist die Grundlage für künftige, innovative Unternehmen und Arbeitsplätze in der Stadt. Daher befürworten wir, dass sowohl Startups als auch neue Gründungen in Handwerk, Industrie und Gewerbe intensiv begleitet und unterstützt werden. Gezielte Förderung durch Gründungszentren ist in Maßen sinnvoll, jedoch sehen wir keinen Bedarf, für jede mögliche Zielgruppe neue Zentren kommunal zu errichten. Die Förderung von neuen Unternehmen muss zuallererst über Entbürokratisierung und ein

passgenaues Angebot an Gewerbeflächen erfolgen.

500 Hektar Konversionsflächen entwickelt Mannheim derzeit erfolgreich – eine einmalige Chance, den Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen noch besser abzudecken und gleichzeitig bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen und die Freizeit- und Lebensqualität zu erhöhen.

Ausdruck und gleichzeitig ein nicht zu unterschätzender Teil der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Mannheim ist die steigende wirtschaftliche Bedeutung von Unternehmerinnen und Unternehmern mit ausländischen Wurzeln mit wachsendem Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen – eine Erfolgsgeschichte gelungener Integration.

Die beste Wirtschaftsförderung kann jedoch gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Gemeinde nicht ersetzen: wett-

bewerbsfähige Abgaben- und Steuerbelastung, geringe Bürokratie, gute Infrastruktur, gute Bildungsinfrastruktur mit hoher Bildungsqualität sowie ein gutes Wohnangebot und hohe Lebensqualität.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer mehr zu einem Standortfaktor für die hier ansässigen Unternehmen. Der Fachkräftemangel in der Mannheimer Wirtschaft wird sich nach Aussage der IHK Rhein Neckar in den nächsten Jahren nochmals dramatisch verschärfen. Das Angebot ausreichender qualitativer Kinderbetreuungsplätze, auch über die heutige Regelbetreuungszeit hinaus, ist dabei bereits jetzt schon ein Entscheidungskriterium, ob sich Fach- und Führungskräfte hier bei uns in Mannheim niederlassen bzw. ob wir sie hier halten können. Die Betreuungsangebote für Kinder müssen sich an den realistischen

Arbeitszeiten von berufstätigen Eltern orientieren (Öffnungszeiten von 7 bis 19 Uhr oder 24-Stunden-Kita zum Beispiel für Eltern, die nachts arbeiten). Vor diesem Hintergrund bleibt auch die Gewinnung von Fachkräften im ErzieherInnenbereich ein Schwerpunkt bei der städtischen Personalakquise.

Das Kongresszentrum Rosengarten, die Neue Kunsthalle, die immer attraktiver werdenden Ausstellungen gerade in den Reiss-Engelhorn-Museen, die breite Palette an kulturellem Angebot der freien Szene, Sportereignisse auf hohem Niveau oder etwa der Ausbau der Flussschiffahrt beeinflussen inzwischen auch sehr positiv den Tourismus und damit auch die Übernachtungszahlen in Mannheim. Doch der Tourismusstandort Mannheim hat noch mehr Potential, zum Beispiel durch eine bessere Anbindung des Rheinuferes an die

Innenstadt, oder einen besseren Auftritt des städtischen Touristenbüros am Bahnhof. Dazu müssen die Öffnungszeiten, gerade an den Wochenenden, deutlich verlängert werden.

Dazu gehört ebenso die gute Erreichbarkeit der Mannheimer Innenstadt als Einkaufsmagnet weit über die Stadtgrenzen hinaus. Die Anfahrbare mit allen Verkehrsmitteln muss gewährleistet bleiben. Die Plankensanierung stärkt die Innenstadt als Handelszentrum der gesamten Region. Wesentlich für Mannheims Bürger und Gäste ist, dass die Innenstadt gepflegt, sauber und attraktiv bleibt. Daher begrüßen wir die konsequente Durchsetzung des Einfahrtsverbots in die Fußgängerzonen. Versenkbare Poller können sinnvoll sein, ebenso wie die Idee, diesen Bereich nur noch mit Elektro-Lieferfahrzeugen anzufahren.

LIBERALE BILDUNGSPOLITIK WILL CHANCEN FÜR ALLE

Der frühe Besuch eines Kindergartens oder einer Kindertagesstätte wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus und ist ein zentraler Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Es ist für uns sehr wichtig, dass die zur Einschulung vorausgesetzten Kenntnisse und Fähigkeiten in den Betreuungseinrichtungen in der Breite vermittelt werden.

Eine Schlüsselqualifikation ist hier unbestreitbar die Sprachkompetenz. Die Investitionen in den Bereichen Kinder und Bildung sind gut angelegtes Geld und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Die Anstrengungen der Verwaltung bei der Gewinnung von

Fachkräften in der Klein- und Schulkindbetreuung unterstützen wir. Die Anerkennung der Leistung von Erzieherinnen und Erziehern ist für uns eine wesentliche Voraussetzung dafür. Ebenso sind die Bemühungen der Stadt zu unterstützen, zunehmend offene Ganztagsangebots auszubauen, um der hohen Nachfrage nach Hortplätzen bzw. Angebote der verlässlichen Grundschulen gerecht zu werden.

Neben den städtischen Tagesbetreuungseinrichtungen und denen der Freien Träger ergänzen zunehmend auch private Anbieter das Angebot an Tagesbetreuungsplätzen sowie an Schulkindbetreuung in Mannheim. Die FDP Mannheim begrüßt das verstärkte Angebot verschiedener Anbieter in der Kinderbetreuung ausdrücklich. Denn derzeit sind es vor allem die privaten Anbieter und freien

Träger, die flexible Betreuungszeiten, z.B. bis 19 Uhr oder als 24-Stunden-Kita und „Spontanbetreuung“ für Notfälle anbieten. Damit stellen diese Einrichtungen eine wichtige Ergänzung der bisherigen Angebote im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Wir fordern die Verwaltung deswegen auf, zukünftige Anträge auf Einrichtung privater Tagesbetreuungsgruppen schneller und unbürokratischer zu bearbeiten als bisher. Darüber hinaus streben wir an, dass auch die kommunalen Einrichtungen ihr Angebot ausweiten, sowohl zeitlich, inhaltlich und quantitativ, was für uns Freie Demokraten höhere Priorität hat als kostenfreie Regelbetreuung. Beispielsweise fordern wir, dass die neuen Betreuungsangebote im technischen Rathaus auch für Familien außerhalb der Stadtverwaltung geöffnet werden. Der Erhalt und die Steigerung der Qualität der

frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote – ob kommunal oder in freier Trägerschaft – ist für uns Liberale weiterhin ein wichtiges Anliegen. Auf kommunaler Ebene ist es unser erklärtes Ziel, die Schulautonomie zu stärken und Bildungsvielfalt zu erhalten. Auch und gerade bei der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung ist es uns wichtig, die Wahlfreiheit der Eltern zu erhalten. Daher sind für uns die Förder- und Sonderschulen auch weiterhin ein wichtiger Baustein in der Bildungslandschaft.

Schulen sind nicht nur Bildungseinrichtungen, sondern haben eine hohe soziale Integrationsfunktion in ihrem Stadtteil. Durch die landesspolitischen Rahmenbedingungen sehen sich Realschulen und Gymnasien mit steigenden Schülerzahlen und einer zunehmend heterogen zusammengesetzten Schülerschaft

konfrontiert. Die FDP Mannheim setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, Realschulen und Gymnasien als eigenständige Schularten mit ihrem jeweiligen differenzierten Lehrauftrag zu erhalten. Ein undifferenziertes Zwei-Säulenmodell lehnen wir entschieden ab.

Die Gemeinschaftsschule kann eine Ergänzung der kommunalen Bildungslandschaft sein, deren Ausbau darf aber nicht zu Lasten der anderen Schularten gehen. In Mannheim sehen wir keinen Bedarf, Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einzurichten, da diese eine privilegierte Konkurrenz zu den etablierten Angeboten an beruflichen Schulen darstellen würden.

Für die langfristige Schulentwicklung wollen wir eine Außenstelle der IGMH im Mannheimer Süden aufbauen und etablieren.

Für die Umsetzung besonderer pädagogischer Konzepte und

eine gute Lernumgebung sind intakte Schulgebäude und ausreichend Freiflächen unabdingbare Voraussetzungen. Daher setzen wir uns mit Vehemenz dafür ein, die Anstrengungen beim Abbau des Sanierungsstaus an Mannheimer Schulen mit hoher Priorität fortzuführen. Die auch von uns geforderte Prioritätenliste zum Sanierungs- und Investitionsstau ist ein erster Schritt. Das Instandhaltungskonzept in Kooperation mit der BBS soll innerhalb der nächsten fünf Jahre evaluiert werden. In diesem Zusammenhang erinnert die FDP immer wieder daran, dass die Sanierung von Schulen eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Besonders im Fokus haben wir den Sanierungsstau an den Berufsschulen, da Ausbildungsbetriebe den oft schlechten Zustand der Fachräume und veraltete Ausstattungen beklagen. In Zeiten rasanter technologischer

Entwicklung muss die Ausbildung an modernsten Maschinen und Geräten auf dem neuesten Stand der Technik erfolgen, damit die betriebliche Ausbildung attraktiv bleibt und die Jugendlichen optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden.

Die Beruflichen Gymnasien runden die Bildungslandschaft ab, ihnen kommt eine hohe Bedeutung bei der Realisierung des städtischen Zieles „Bildungsgerechtigkeit erhöhen“ zu. Sie leisten damit auch einen Beitrag zur Bildungsvielfalt und zur Wahlfreiheit in unserer Stadt, da dort auch außerhalb des Schulversuchs ein G-9 Angebot besteht

Die Stadtbibliothek ist eine unserer großen Bildungs- und Kultureinrichtungen mit hoher Nutzerfrequenz. Wir begrüßen die Planungen für angemessene und zeitgemäße Räumlichkeiten und die Zusammenführung mit der nahe gelegenen Kinder-,

Jugend- und Musikbibliothek. Die FDP Mannheim hat sich für den Standort Innenstadt stark gemacht, damit die Stadtbibliothek für alle Bevölkerungsschichten gut erreichbar und niederschwellig zugänglich bleibt. Wir freuen uns, dass die Entscheidung jetzt so gefallen ist und ein Neubau in N2 absehbar ist. Neben der räumlichen Verbesserung werden wir uns weiterhin für eine innovative und pädagogisch sowie medientechnisch zeitgemäße Ausstattung einsetzen.

Für die FDP Mannheim sind Angebote im Bereich der Erwachsenenbildung ein wesentlicher Baustein, um der wachsenden Bedeutung in diesem Bereich durch den demographischen Wandel und die Digitalisierung Rechnung zu tragen. Für uns ist lebenslanges Lernen echtes Empowerment für Erwachsene. Wir wollen alle Menschen – egal welchen Alters – befähigen, im-

mer wieder neu einzusteigen.

LIBERALE SICHERHEITSPOLITIK ACHTET DIE FREIHEIT DER BÜRGER

Sicherheit und Freiheit sind eng miteinander verbunden. Eine Stadtgesellschaft braucht Freiheit und Sicherheit. Für uns Liberale haben die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger den gleichen Stellenwert wie der Anspruch auf Schutz vor Kriminalität. Dabei müssen alle Maßnahmen der inneren Sicherheit in einem Abwägungsprozess zwischen dem Eingriff in die Freiheit und dem Nutzen für die objektive Sicherheit betrachtet werden. Staatliche Überwachungsmaß-

nahmen wie Videokameras im öffentlichen Straßenraum oder in öffentlichen Gebäuden sind für uns ein schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Bevor man sich solcherlei Methoden bedient, muss sichergestellt werden, dass der Datenschutz diese Rechte achtet und sich niemand unnötig überwacht fühlt. Neuartige Techniken sollen es ermöglichen, automatisiert zu erkennen, wenn ein möglicher Tatbestand auftritt und dadurch selektiv eine Videoaufzeichnung stattfindet. Wir fordern eine genaue Prüfung dieser Technik, um die Vereinbarkeit des Sicherheitsanspruchs mit dem Schutz der Persönlichkeitsrechte sicherzustellen. Videoüberwachung darf dabei nur an ausgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten stattfinden. Eine flächendeckende Totalüberwachung und unselektive Aufnahme sowie Speicherung und Verarbeitung von Videomaterial

lehnen wir ab.

Für die Sicherheit ist die Polizei zuständig, daher muss das Land auch für eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung unserer Mannheimer Polizei sorgen.

Notwendig ist es, dass neben den strafrechtlichen Tatbeständen und der Anzahl der Verkehrsdelikte endlich auch die Anzahl der „Ordnungsstörungen“ in die Berechnung der Personalausstattung pro Kommune mit einbezogen werden. Damit ließe sich gegenüber dem Land ein deutlich höherer Personalbedarf bei der Polizei rechtfertigen. Die ständige Ausweitung des städtisch finanzierten Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) lehnen wir dagegen ab, denn der KOD übernimmt Aufgaben der Polizei und damit Aufgaben des Landes Baden-Württemberg.

Das Sicherheitsempfinden der

Bürgerinnen und Bürger und damit das Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden kann durch die Zurückdrängung von Angsträumen gestärkt werden. Mehr Licht in dunklen Unterführungen oder bessere Beleuchtung dunkler Wege gibt den Menschen Sicherheit im öffentlichen Raum zurück, die heute an einigen Stellen im Stadtgebiet fehlt.

Die Priorität der FDP beim Thema Sicherheitspolitik in der Stadt liegt eindeutig bei der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und dem Katastrophenschutz! Denn dort hat die Stadt Mannheim direkten Einfluss auf die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger Mannheims. Nur wenn sich ausreichend Bürgerinnen und Bürger zum ehrenamtlichen Einsatzdienst bei den Freiwilligen Rettungskräften bekennen, kann die Sicherheit in unserer Stadt gewährleistet werden. Die ehrenamtlichen Kräfte der Mannhei-

mer Freiwilligen Rettungskräfte setzen sich unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens für unser aller Sicherheit ein. Das Ehrenamt bei den Freiwilligen Rettungskräften verdient höchste Anerkennung und Respekt.

LIBERALE KÄMPFEN FÜR EINE BESSERE VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die stark exportorientierte Mannheimer Wirtschaft ist auf eine leistungsfähige und optimal vernetzte Verkehrsinfrastruktur angewiesen, um Arbeitsplätze in Mannheim zu sichern und neue zu schaffen. Unsere Brücken, Straßen, Schienen, Flugverbindungen und Wasserwege sind

die Lebensadern der Industrie- und Handelsstadt Mannheim im Herzen der Metropolregion Rhein-Neckar. Kilometerlange Staus, Abgaswolken, überfüllte Busse und Bahnen sind Ausdruck steigender Mobilität der Menschen, aber auch Folge von unterbliebenem Unterhalt und Ausbau moderner Verkehrsinfrastruktur in der Region. Gehen wir endlich eine vorrausschauende gemeinsame Verkehrsplanung an, weg vom Kirchturmdenken. Der Bau einer 3. Rheinquerung bleibt dringend notwendig, um Staus abzubauen. Der Bau der schon lange diskutierten Westtangente (Verbindung von der A6 über die Friesenheimer Insel bis zur Kurt-Schumacher-Brücke) würde endlich die Stadtumfahrung komplettieren, so dass LKW- und PKW-Durchgangsverkehr aus der Stadt ferngehalten wird – für uns einer der wesentlichen Faktoren, um die

Lärmbelastung und die Luftverschmutzung für die Bewohner der Innenstadt deutlich zu senken. Digitale Verkehrs- und Parkplatzleitsystem verbessern der Verkehrsfluss, ein vernetztes Angebot aller Verkehrsträger motiviert zum Umstieg auf ÖPNV.

Durch Zuschüsse des Bundes ist es jetzt möglich, unser Stadtbahnnetz zu erweitern, die neuen Stadtteile Franklin und Glücksteinquartier anzubinden und gleichzeitig Ticketpreise im ÖPNV zu senken. Es bleibt spannend, in wie weit diese auf zwei Jahre begrenzte Maßnahme real Autofahrer dazu veranlasst, ihr Auto stehen zu lassen. Wir sehen kritisch, wie diese künstliche verringerten Preise nach Ablauf der Modelphase gehalten werden sollen.

Der Einsatz von E-Bussen – wo möglich auch autonom fahrend – und Offenheit für Neues wie autonom fahrende Taxis, langfristig

Flugtaxi oder ganz konkret und kurzfristig eine Seilbahn nach Ludwigshafen – als Notlösung während der Bauzeit der Hochstraße oder auch dauerhaft – sind dringend notwendig, um die Verkehrsbelastung durch den Individualverkehr in Grenzen zu halten und gleichzeitig flexible, individuelle Mobilität für die Menschen zu erhalten. Fahrverbote und Zufahrtsbeschränkungen zur Innenstadt lehnen wir ab.

Wir alle wollen mehr Güterverkehr weg von der Straße auf die Schiene bringen. Dies darf jedoch nicht zulasten der Anwohner gehen. Wir kämpfen für optimalen Lärmschutz beim Ausbau und an Bestandsstrecken der Riedbahn, für eine Trog- oder Tunnellösung beim Bahnausbau wo immer möglich und eine Güterverkehrsumfahrung. Denn Lärmschutz ist Gesundheitsschutz.

Der Ausbau des Radverkehrs in Mannheim hat für uns einen

besonderen Stellenwert. Insbesondere aufgrund der günstigen topografischen Lage eignet sich Mannheim als fahrradfreundliche Stadt. Wir sehen für Mannheim im Bereich des Radverkehrs noch erheblichen Nachholbedarf bei der Sanierung und bei der Komplettierung des Radwegnetzes. Radschnellwege können einen Beitrag leisten, das Radfahren attraktiver zu machen, müssen dabei jedoch umweltverträglich und sinnvoll vernetzt sein. Einen Radschnellweg mitten durch das Landschaftsgebiet Feudenheimer Au lehnen wir ab.

Die Planungen der Stadt Mannheim zur Bundesgartenschau und bei der Entwicklung des Spinnelli-Geländes müssen bereits in der Planungsphase Lösungen für Zu- und Abfahrtswege sowie Parkplätze und ein kluges Verkehrsmanagement anbieten, auch um die Akzeptanz für diese Projekte bei der Bevölkerung zu

erhöhen.

**LIBERALE
UMWELT- UND
ENERGIEPOLITIK
SCHAFFT
LEBENSQUALITÄT**

Die Natur ist die Lebensgrundlage des Menschen, diese zu schützen ist auch kommunale Aufgabe. Ein urbaner Umweltschutz besteht für uns vor allem aus einer umweltfreundlichen Verkehrs- und Energiepolitik, Verbesserung der Lebensqualität durch Immissions- und Lärmschutz, Begrenzung von Flächenversiegelung, Erhalt und Ausbau von Frischluftschneisen sowie Natur als Naherholung und Schutz der Artenvielfalt.

Eine kluge Verkehrsführung

ist für uns umweltfreundlicher, als Mobilität zu verhindern. Die Bürgerinnen und Bürger wissen selbst am besten, welches Verkehrsmittel für sie am geeignetsten ist, so dass sie zunehmend bewusst einen Mix an Transportmitteln – vom PKW über das Rad bis hin zum öffentlichen Personennahverkehr – auswählen und ebenso neue Mobilitätskonzepte, wie Carsharing, immer häufiger nutzen.

Die Energiewende kann nur mit Beteiligung der Kommunen gelingen. Energieeffizienz, energetische Gebäudesanierung öffentlicher Gebäude und hohe Energiestandards in Neubaugebieten, z.B. im Glückstein-Quartier, die dezentrale Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch der Ausbau des Fernwärmenetzes gehören für uns dazu.

Das neu entstehende Stadtgebiet Franklin ermöglicht die Erpro-

zung von Smart-City-Strukturen, von Energiemanagement bis Elektromobilität und autonom fahrendem Shuttle- Bus.

Die Natur im urbanen Umfeld dient vor allem auch der Erholung des Menschen. Die Mannheimer und Mannheimerinnen sind mit zwei Flüssen, diversen Seen, Wäldern und Grünflächen gut versorgt. Gleichzeitig gilt es, die Artenvielfalt zu erhalten, vorhandene Biotope weiter zu vernetzen und den Grünzug-Nordost zu realisieren. Diesem Grünzug kommt eine Schlüsselposition im Mannheimer Freiraumsystem zu. Der Grünzug erstreckt sich vom Neckar über die Feudenheimer Au und die Spinelli-Kaserne hinweg, über Bürgerpark und Vogelstang-See, den Käfertaler Wald bis zum Coleman-Gelände im Norden. Die Entwicklung von Spinelli und das Kurzzeitevent Bundesgartenschau dürfen der Grundintention, eine möglichst

breite Frischluftschneise zu erhalten, nicht entgegenstehen. Daher lehnen wir weitere Bodenversiegelung und einen künstlichen See im Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au ebenso ab, wie den Erhalt der U-Halle oder den Neubau eines Grünhofs, welche die Frischluftschneise einengen.

Die Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms im Mannheimer Süden sieht bisher massive Baumfällungen vor. Dieses Konzept überzeugt uns nicht. Bäume können entgegen den Ausführungen des Regierungspräsidiums für die Stabilisierung des Damms sorgen. Daher fordern wir die Stadt Mannheim vehement dazu auf, alternative Planungen zu unterstützen und ein unabhängiges Gutachten einzufordern.

LIBERALE KULTURPOLITIK MACHT MANNHEIM ATTRAKTIV

Die Freiheit der Kunst ist Grundlage liberaler Kulturpolitik. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Die kulturelle Vielfalt Mannheims ist Ausdruck für die Vielfältigkeit unserer Stadtgesellschaft. Traditionell wird die Kulturpolitik in Deutschland zu einem wesentlichen Anteil kommunal finanziert. Wir hier in Mannheim belegen bundesweit den ersten Platz im Bereich der Kulturförderung im Vergleich zu Städten mit bis zu 500.000 Einwohnern. Keine andere vergleichbare Kommune gibt mehr Geld pro Einwohner für Kunst und Kultur aus. Wir bekennen uns klar zur Kulturförderung in der Spitze, ebenso wie in der Breite.

Die Generalsanierung des Nationaltheater Mannheim (NTM) ist beschlossen, was wir unterstützen, denn es gibt keine sinnvolle Alternative dazu. Durch die zugesagte Beteiligung des Bundes und des Landes ist dieses Mammutprojekt für die Stadt tragbar. Dennoch bleibt darauf zu achten, dass die Kosten für den Neubau und für die Ersatzspielstätten während der vier Jahre Schließungszeit im vereinbarten Rahmen bleiben. Perspektivisch streben wir an, dass auch der laufende Betrieb des NTM stärker vom Land mitfinanziert wird, um eine Gleichstellung mit den Landesbühnen zu erreichen, und der städtische Finanzierungsanteil reduziert werden kann

Wir freuen uns, dass private Geldgeber den Neubau der Kunsthalle finanziert haben. Nur dadurch war es uns möglich, mit der Kunsthalle einen kulturellen Magnet und einen städtebauli-

chen Akzent im Herzen unserer Stadt zu etablieren. Wir werden die zukünftige Entwicklung der Kunsthalle konstruktiv kritisch begleiten.

Auch die Reiss-Engelhorn-Museen können dank eines enormen bürgerschaftlichen Engagements hervorragende Ausstellungen verwirklichen, die über Mannheim hinaus strahlen und Mannheim als Kulturstadt verfestigen. Die FDP Mannheim wird auch weiterhin für das Stifter-Engagement der Mannheimer Bürger werben, besonders im kulturellen Bereich, aber nicht nur dort.

Die Freie Szene in Mannheim bereichert unsere Kulturlandschaft wesentlich. Sie ist ständig auf der Suche nach neuen Arbeits- und Darstellungsformen und gibt damit, mit ihren zumeist jungen Nachwuchskünstlern, wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft insgesamt. Die neue Stadtgalerie

im Kreativwirtschaftszentrum ist eine Bereicherung. Sie darf aber nicht in Konkurrenz treten zu privaten Galerien in Mannheim.

Auch die Staatliche Musikhochschule leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Stadt Mannheim. Die Mannheimer Schule und die höfische Musiktradition der ehemaligen Residenzstadt Mannheim haben eine lange und wertvolle Tradition.

Die Musikstadt Mannheim lebt nicht nur die Tradition, sondern auch die Moderne. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Popakademie. Wir unterstützen daher den Erhalt und den weiteren Ausbau dieser staatlichen Hochschule, die Mannheim große Aufmerksamkeit und Renommee gebracht hat. Mittelfristig sehen wir auch dieses musikalische Bildungsangebot als reine Landes-einrichtung und fordern die Stadt auf, sich aus der Kofinanzierung

zurück zu ziehen.

Die FDP Mannheim begrüßt die jüngsten Anstrengungen der Verwaltung zur Optimierung der Baukultur in Mannheim, denn Baukultur stellt das Zusammenspiel zwischen dem Bewahren des Alten und dem Schaffen des Neuen her. Beispielhafte Baukultur ist nicht nur ästhetisch und emotional wirksam, sondern sie berücksichtigt ebenso ökologische und wirtschaftliche Qualitäten und bringt diese mit den soziokulturellen Anforderungen in Einklang. Finanzielle und kulturelle Werte sind ausgewogen zu berücksichtigen und auf dieser Basis nachhaltig und anspruchsvoll zu gestalten. Ein Lapidarium sollte in diesem Zusammenhang endlich auch in Mannheim Schätze der Vergangenheit einem breiten Publikum zugänglich machen. Wir fordern die Verwaltung außerdem auf, mit ihrem historischen Immobilienbestand

entsprechend sorgsam umzugehen und so beispielgebend für private Investoren beim Umgang mit Immobilienbesitz und damit der Prägung des Mannheimer Stadtbildes zu sein.

Den Erhalt der ursprünglich nur temporär gedachten Multihalle machen wir abhängig von der Bereitschaft privater Investoren oder Spender, sich zu beteiligen, sowie von einem wirtschaftlich tragbaren Nutzungskonzept, das künftige Betriebskosten für die Stadt in engen Grenzen hält.

LIBERALE WOLLEN INTEGRATION UND VIELFALT

Rund 40 Prozent aller Mannheimer haben einen Migrationshintergrund und viele leben bereits in vierter und fünfter Generation

hier. Wir möchten, dass auch zukünftige Generationen sich in unserer Stadt wohlfühlen und sich als ein Teil unserer offenen Bürgergesellschaft verstehen, für die gesellschaftlicher Zusammenhalt eine Voraussetzung ist. Wir sehen es als eine große Chance und Bereicherung, wenn aus Migrantinnen Mannheimerinnen und Mannheimer werden. Seit Jahrhunderten bereichern Neu-Mannheimerinnen und Neu-Mannheimer unsere Stadtgesellschaft. Deshalb begrüßen wir Integrationsanstrengungen und den positiven Trend vermehrter Einbürgerungen in Mannheim und unterstützen Kampagnen, um mehr Migrantinnen für das Ehrenamt und für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

Die zahlreichen Vereine in unserer Stadt, viele davon gegründet von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, leisten einen wichtigen Beitrag zur Inte-

gration, indem bürgerschaftliche Ziele und Werte wie Zivilcourage, Respekt, Toleranz und Fairness vermittelt und gemeinsam gelebt werden. Die FDP unterstützt diese Entwicklung und ist gerne bereit, diese aktiv zu fördern.

Woher jemand kommt, ist für uns nicht entscheidend, sondern das Ziel, welches er mit uns gemeinsam erreichen will. Daher fordern wir sinnvolle Qualifizierungsmaßnahmen für ungelernete neue Zuwanderer und für eine schnelle Eingliederung in die Berufswelt. Für die eigene Emanzipation, den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg ist das Beherrschen der deutschen Sprache der unverzichtbare Schlüssel. Aus diesem Grund ist der weitere Ausbau der frühzeitigen Sprachförderung bei Kindern, unter Einbeziehung der Eltern, sehr wichtig. In unserem liberalen Verständnis von Integration finden auch kulturelle

Wurzeln Raum. Gleichzeitig erwarten wir die Anerkennung unserer Werteordnung – unseres Grundgesetzes.

Wir erwarten von Zugewanderten dasselbe, was wir von allen Bürgerinnen und Bürgern erwarten: die Anerkennung unserer Rechtsordnung, die Verantwortung für die eigene Bildung und für den eigenen Lebensunterhalt.

Bei aktuellen und auch zukünftigen Herausforderungen setzen wir auf ein ganzheitliches und vor allem zeitgemäßes Integrationskonzept, welches ein friedliches Zusammenleben ermöglicht und das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft stärkt. Bei der Suche nach Lösungen müssen wir differenzieren zwischen dem Bedarf der Migrantinnen, die seit mehreren Jahrzehnten ihr Zuhause in Mannheim gefunden haben und neu hier ankommenden Zuwanderern.

Speziell Teile der Zuwanderung aus Südosteuropa stellen Mannheim vor eine große Herausforderung. Hier werden in erster Linie bildungsorientierte und humanitäre Hilfen benötigt, wie z.B. der Zugang zu Bildungsangeboten, zur Gesundheitsversorgung und zu adäquaten Wohnräumen. Doch wir sind uns sicher, dass mit liberalen Konzepten diese Zukunftsaufgaben unserer Stadt in richtige Bahnen gelenkt werden können, für Chancengleichheit, Teilhabe, Toleranz und ein modernes Gesellschaftsbild in Mannheim. Daher sind wir aktives Mitglied im Mannheimer Aktionsbündnis für Toleranz und Vielfalt.

Bei aller Problembetrachtung wissen wir zu schätzen, welche Bereicherung die Vielfalt der Erfahrungswelten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischen Wurzeln darstellt und wie groß deren Anteil am

ehrenamtlichen Engagement, am Vereinsleben, am gesellschaftlichen, kulturellen und nicht zuletzt am wirtschaftlichen Leben unserer Stadt ist.

Ein Gesetz zur qualifizierten Einwanderung, wie von der FDP-Bundestagsfraktion gefordert, würde auch der Stadt Mannheim positive Impulse geben.

LIBERALE STADT-ENTWICKLUNGSPOLITIK FÖRDERT WOHN- UND LEBENSÄUßERUNGEN

Am Ende der Entwicklung der Konversionsflächen – beispielsweise auf Franklin – soll eine Entspannung des Wohnungsmarktes stehen. Die erzwungene

Sozialquote für die Neubaugebiete, die einen festen Anteil an gefördertem Wohnraum vorschreibt, lehnen wir ab. Sie führt nur zu einer Verteuerung der Bauprojekte und schafft keinen zusätzlichen Wohnraum.

Neben der Förderung von Mietwohnungsneubau durch private Investoren wollen wir heutige Standards hinsichtlich Barrierefreiheit ebenso umsetzen.

Die GBG ist der wichtigste Partner der Stadt für bezahlbaren Wohnraum. Deshalb darf die GBG nicht immer weiter mit wohnungsfremden Bauaufgaben belastet werden (Strandbad, Archivum, Technisches Rathaus u. Ä.). Hier sind in den letzten Jahren mehr als 130 Millionen Euro in städtische Hochbauten statt in den Wohnungsbau geflossen. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Derzeit fehlt es in Mannheim

an hochwertigem Wohnraum, um hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte in Mannheim zu halten bzw. anzuwerben, denn neben bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangeboten ist adäquater Wohnraum ein wichtiger Standortfaktor für eine Metropolregion. Daher setzen wir uns auch für die Schaffung von hochwertigem Wohnraum auf geeigneten Flächen im Rahmen der Konversion ein.

Die Strategie Blau_Mannheim_Blau kann ein sehr gutes Instrument sein, um die Mannheimerinnen und Mannheimer näher an die Flüsse zu bringen. Ziel dabei ist es nicht, neue Gebäude an die Flüsse zu bauen. Stattdessen sollte die Stadt Mannheim die Infrastruktur verbessern. Die Zugänge zu Rhein und Neckar sollten dazu für verschiedene Nutzergruppen ausgebaut und möglichst barrierefrei gestaltet werden.

LIBERALE JUGENDPOLITIK WILL MANNHEIM AUCH IN ZUKUNFT ATTRAKTIV MACHEN

Mannheim ist eine Universitätsstadt, in der viele junge Menschen auch aus der ganzen Welt studieren oder sich ausbilden lassen. Unser Ziel ist es, diese Fachkräfte auch langfristig an unsere Region zu binden. Wir möchten ihnen ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld bieten. Dabei sind Bildungs- wie Freizeiteinrichtungen, gute Infrastruktur, sowie bezahlbarer Wohnraum wichtige Standortfaktoren, die vorrangig im Blickpunkt der Fördermaßnahmen stehen sollen.

Wir Liberale fordern daher die Stadt Mannheim auf, die Versor-

gung an Studentenwohnheimplätzen zu prüfen und gerade in den neu entstehenden Wohngebieten zu kontrollieren, ob man hier neue Standorte realisieren kann. Auch dürfen die Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsschulen und Kindergärten im Zeitalter der Digitalisierung nicht im internationalen Vergleich hinterherhinken und so den Standort Mannheim schwächen. Wir Liberale fordern von der Stadt Mannheim Gebäude instandzuhalten und eine moderne Ausstattung zu fördern.

Wir fordern bezahlbaren Wohnraum auch für Auszubildende vor allem an Berufsschulstandorten in Kooperation mit den Kammern und Ausbildungsbetrieben anzubieten. Dabei sollte Nutzungsschwerpunkt bei Auszubildenden kleiner und mittlerer Unternehmen liegen, die kein eigenes Angebot schaffen können.

Da durch erfolgreiche Gesundheitspräventionsmaßnahmen die nachfolgenden Generationen sehr gesundheits- wie auch sportbewusst sind, muss eine Stadt für alle Generationen auch die vorhandenen Sport- und Spielstätten in Stand halten, damit der Standort Mannheim auch für die Jugend attraktiv bleibt.

Gerade bei der Planung der Bebauung der Konversionsflächen oder neu entstehender Quartiere wie auf dem Lindenhof, muss auch darauf geachtet werden, dass neben dem reinen Wohnraum, der entsteht, auch Bedürfnisse wie Kinderbetreuungseinrichtungen mit eingeplant werden, um die Kindergartenplatzgarantie auch dieses Stadtteils zu gewährleisten.

A blue grid pattern with a perspective effect, consisting of a grid of squares that recedes into the distance, covering the left half of the page.

TEIL B

Kommunalpolitisches Alphabet

ARBEITSMARKT UND FACHKRÄFTE

- Wir brauchen beides: Förderung und Bestandsbetreuung der örtlichen Betriebe und die Unterstützung von Neuan siedlungen und Existenzgründungen zur Sicherung von Ausbildungsplätzen. Dies wollen wir insbesondere durch unbürokratische Hilfs- und Beratungsangebote garantieren sowie durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewerbeflächen erreichen.
- Flächenbedarf für einen ausgewogenen Branchenmix aus Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk ist bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Uns ist dabei besonders wichtig, Weiterentwicklungsmöglichkeiten für lokale Betriebe zu schaffen und nicht durch einseitiges Flächenmanagement und lange Behördenwege zu erschweren.
- Grüderkultur in Mannheim fördern, z.B. durch Vernetzungsangebote in und außerhalb unserer Gründerzentren
- Das erfolgreiche Konzept branchenspezifischer Gründerzentren unterstützen wir, ist jedoch mit mittlerweile acht Zentren an einer Grenze gestoßen, die wir nicht weiter ausweiten wollen.
- Wir fordern eine Konzentration der städtischen Beschäftigungsförderung auf die Qualifizierung von Jugendlichen.
- Wir unterstützen Programme, die Lohnzuschüsse für Langzeitarbeitslose zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt besser nutzen, statt durch diverse Maßnahmen Einstiege in den zweiten oder gar dritten Arbeitsmarkt zu fördern.

- Unterstützung für die Arbeit der berufsbildenden Schulen beim „Übergangmanagement Schule – Beruf“
- Berufsschulen sanieren und die Ausstattung an die Anforderungen des digitalen Zeitalters anpassen
- Weiteren attraktiven Wohnraum für Fach- und Führungskräfte schaffen, um diese in die Stadt zu holen bzw. zu halten
- Ausbildungskapazitäten des Fröbel-Seminars weiter erhöhen, um Fachkräftemangel im ErzieherInnen-Bereich entgegen zu wirken
- Wir Liberale fordern, dass kleine und mittlere Unternehmen beraten werden und dabei Unterstützung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen erhalten.

- Wir Liberale möchten, dass auch die Stadt Mannheim als moderner leistungsfähiger Arbeitsgeber ihre Mitarbeiter fördert und fordert, das heißt, dass zum Beispiel auch Überstunden sowie Mehrarbeitsstunden digital erfasst und auch zeitnah abgebaut werden können. Zudem sollen keine neuen Dienst- und Werkverträge für hochbezahlte Bertätigkeiten am Gemeinderat vorbei beschlossen werden.

BÄDER

- Schaffung einer attraktiven und wirtschaftlich effizienten Bäderlandschaft durch kontinuierliche Umsetzung des neuen Bäderkonzeptes.
- Der Bau eines Kombibads im Herzogenriedbad schafft die Grundlage für die Grundsanierung des Herschelbads.

Dazu muss ein Gesamtnutzungskonzept endlich vorgelegt werden.

BARRIEREFREIHEIT VORANTREIBEN

- Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Investitionsmittel für barrierefreien Umbau im öffentlichen Raum, von öffentlichen Gebäuden und zur Herstellung barrierefreien Mobilitätsketten erhöhen
- zentrale Standorte für „Toiletten für alle“ identifizieren und errichten
- Prioritätenliste in Zusammenarbeit mit der AG Barrierefreiheit kontinuierlich abarbeiten

- Mannheim App mit elektronischem Stadtführer für Menschen mit Behinderungen
- Benutzerfreundliche Fahrkartenautomaten mit transparenten Preisen
- Barrierearmut und Barrierefreiheit konsequent umsetzen, dabei jedoch unverhältnismäßig kostenintensive Maßnahmen vermeiden
- Barrierearmut und Barrierefreiheit sind Grundlage für gelingende Inklusion in Kindertagesstätten, Schulen, Wohnen, Arbeitswelt, bei gesellschaftlicher Teilhabe
- Angebot an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen bedarfsgerecht ausbauen, auch im Bereich bezahlbaren Wohnraums
- Unterstützung der Vereine beim Herstellen barrierefreier Zugänge zu Sportanlagen

- Weitere barrierefreien Zugänge zu den Flüssen schaffen, wo immer Freizeitaktivitäten angeboten werden.
- Beratung für barrierearmen und -freien Umbau von Privatwohnungen gewährleisten
- Öffentliche Spielplätze mit „behindertengerechten“ Spielgeräten ausstatten
- Inklusion umsetzen und leben

BAU-GEMEINSCHAFTEN

siehe *Genossenschaften*

BILDUNG

- Kein Vorgriff auf Rücklagen für Bauprojekte und Sanierungen; Sanierungsstau darf nicht auf zukünftige Generationen umgelagert werden
- Bei allen schulischen Entscheidungen ist primär auf die Schulautonomie Rücksicht zu nehmen. In Entscheidungen über Sanierungen, Umbauten, Schularten und Projekte sind Schüler, Eltern und Lehrern unbedingt einzubinden.
- Frühkindliche Bildung in Kooperation mit Stiftungen, Vereinen, freien Trägern und Wirtschaft stärken (Kindergartenlabor, die kleinen Forscher, Sport-, Musikangebot usw.)
- Eltern-Kind-Zentren (ELKIZ) erhalten und auch außerhalb der Sozialräume 4+5 ausbauen
- Förderprogramm des Bundes „Offensive Frühe Chancen“ nutzen
- Verstärkung der Schulsanierungsmaßnahmen gemäß regelmäßig zu aktualisierender Prioritätenliste
- Weiterhin Angebote im Bereich Erwachsenenbildung unterstützen, um der wachsenden Bedeutung in diesem Bereich durch den demographischen Wandel Rechnung zu tragen
- Schulen zukunftsfähig machen durch zeitgemäße Lehrmittel und naturwissenschaftliche Räume
- Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen für eine Modernisierung des Unterrichts genutzt werden. Die Finanzierung der Ausstattung sowie die Ausbildung der Lehrkräfte muss hierbei durch das Land sichergestellt werden.

- Weiterer Ausbau der Ganztagschulen ist wichtig und notwendig, um die notwendige Bildungsgerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.
- Die Verantwortlichen in den Schulen vor Ort sollen entscheiden dürfen, ob Schulen zu Ganztageschule werden sollen und in welcher Form dieses schulische Angebot umgesetzt werden soll – offen, teilgebunden oder gebunden.
- Kooperationsmöglichkeiten von Schulen mit Trägern der freien Jugendarbeit sowie mit Vereinen fördern, damit auch außerschulische Bildungsmöglichkeiten gewährleistet werden
- Die Gemeinschaftsschule kann eine Ergänzung der kommunalen Bildungslandschaft sein, deren Ausbau darf aber nicht zu Lasten der anderen Schularten gehen.
- Weiterhin G9 anbieten (KFG-Aufgabe)
- Wir wollen Schulen die Möglichkeit geben, sich um Drittmittel zu bemühen.
- Schulen Freier Träger nicht benachteiligen
- Frühkindliche Bildung in Kindergärten weiter ausbauen
- Übergänge von den einzelnen Schularten zur nächsthöheren Schulart optimieren und Durchlässigkeit durch Förderangebote und Kooperationen verbessern Berufsschulen ertüchtigen
- Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen sollte gefördert werden.
- Wir begrüßen die Ansiedlung von privaten Schulen in Mannheim, idealerweise mit angeschlossener Kindertageseinrichtung
- Sensibilisierung für interkulturelle Pädagogik und Elternarbeit durchgängig von Krippe bis weiterführende Schule bei allen Beteiligten erhöhen
- Sonder- und Förderschule erhalten, um bei der Umsetzung der Inklusion den Eltern echte Wahlfreiheit zu erhalten
- Exzellenzförderung und Kinderakademie in Kooperation mit Wissenschaftlichen Einrichtungen fortführen

siehe auch *Arbeitsmarkt*

- Die Freien Demokraten wollen den staatlich anerkannten muttersprachlichen Unterricht der Schulaufsicht zu unterstellen, um der Bildungshoheit des Staates hier Rechnung zu tragen und bei der Konzeption und Durchführung des Unterrichts durch das Kultusministerium wieder Mitwirkungsmöglichkeit zu erlangen
- Statt des häufig vorgeschlagenen Werteunterrichtes spricht sich die FDP dafür aus, Ethikunterricht verpflichtend für alle Klassenstufen und Schulformen einzuführen.

BUNDES- GARTENSCHAU BUGA 2023

- Mannheim wird nach knappem Ergebnis des Bürgerentscheids 2023 eine Bundesgartenschau durchführen. Die FDP hatte dafür geworben, diese abzulehnen und ausschließlich einen naturnahen Grünzug-Nord-Ost zu entwickeln. Die Umsetzung des Bürgerwillens ist uns wichtig, daher werden wir den Prozess konstruktiv, doch in der Ausgestaltung kritisch begleiten. Deshalb fordern wir:
 - Strikte Kostenkontrolle bei der Planung und Durchführung Bundesgartenschau und aller damit verbundenen Maßnahmen.
- Der Investitionsrahmen von 105,5 Millionen Euro ist gedeckelt. Er muss eingehalten werden.
- Die Ertüchtigung des Luisenparks ist uns wichtiger Bestandteil der BUGA-Maßnahmen
- Nach Beendigung der BUGA darf kein pflegeintensiver Park entstehen.
- Rechtzeitige Einbindung der Bezirksbeiräte aller betroffenen Stadtteile ist erforderlich
- Transparenz über die laufende Kostenkalkulation, Änderungen im Konzept und Lösungen für Anfahrt und Parken während der BUGA, d.h. regelmäßige Information der Bürger und des Gemeinderats (nicht nur im Aufsichtsrat der BUGA-Gesellschaft)

- Priorität hat für die FDP die Realisierung des Grünzugs Nordost mit möglichst breiter Frischluftschneise. Daher lehnen wir den Erhalt der U-Halle und die Pläne für einen neuen Grünhof auf Spinelli ab.
- Wir wollen keine tiefgreifenden Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au zulassen, d.h. keinen künstlichen See und keine Flächenversiegelung durch eine Radschnellweg mitten durch die Au, gerne in anderer Streckenführung. Die Kleingartenanlagen sind zu erhalten.

BÜRGER- BETEILIGUNG

- ständige Weiterentwicklung des Regelwerks Bürgerbeteiligung und der Bürgerbeteiligungsprozesse unter Einbeziehung des Beteiligungsbeirats – auch in den Tochtergesellschaften der Stadt
- Online-Plattform und Vorhabenliste sowie weitere digitale Beteiligungsformen beziehen auch zeitlich nicht flexible Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozesse ein
- Es muss neutral und transparenter kommuniziert werden, inwieweit Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in die Entscheidungen des Gemeinderats einfließen bzw. mit welcher Begründung diese ggf. abgelehnt wurden.

BÜRGERRECHTE

- Gruppenauskünfte aus dem Melderegister untersagen
- Verbotskultur eindämmen; Gebotskultur fördern
- kein allgemeines Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen, stattdessen bessere Prävention und ein Alkoholkonsum-akzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot (Trinkertreff) an geeigneter Stelle in der Innenstadt
- Vernünftiger und zielgerichteter Einsatz von Videoüberwachung mit intelligenten Erkennungssystemen: Die Polizeipräsenz darf damit nicht reduziert werden.

BÜRGERSCHAFTLICHES UND EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

siehe auch Vereine

- Das Modell Bürgerhaushalt weiter ausbauen
- Online-Beteiligungselemente ausbauen
- Angebote des Bundesfreiwilligendienstes ausbauen und bewerben, auch besonders im Kinderbetreuungsbereich
- Ehrenamt fördern, z.B. durch Anerkennungskultur, Ehrenamtspass, Stadtteilbudgets
- Bedeutende Rolle von Freiwilliger Feuerwehr, Sanitätsdienst und Katastrophenschutz besonders würdigen und unterstützen Vereins- und Projektförderung von z.B.

Sport, Bürgerverein, Kultur- und Sozialvereine angemessen finanzieren und unbürokratisch umsetzen.

- Bürgerschaftliches Engagement weiter ausbauen, z.B. durch Anreize zur Übernahme von Patenschaften für Straßenbäume oder Spielplätze, Vernetzung über Online-Plattform usw.
- Beteiligung der Stadt an Neujahrsempfängen der Stadtteile und Veranstaltungen zum Volkstrauertag wieder einführen

DENKMALSCHUTZ

- Noch immer warten wir auf das Nutzungskonzept als Grundlage für die Innensanierung des Herschelbads. Das muss jetzt umgehend auf den Weg gebracht werden.
- Stärkung des Denkmalbeirates durch frühzeitige Einbeziehung vor wesentlichen Entscheidungen in Denkmalangelegenheiten
- Denkmalschutz und zeitgemäße Anforderungen wie Barrierefreiheit müssen immer wieder kreativ in Einklang gebracht werden wie z.B. nachträglich beim Billing-Bau der Kunsthalle. Dazu müssen die Betroffenen frühzeitig eingebunden werden.

- Erhalt der historischen Theresienkapelle unter Federführung privater Initiative ohne Belastung des städtischen Haushalts
- Denkmalschutz bei Konversionsgeländen berücksichtigen
- Ein tragfähiges Nutzungskonzept und Kofinanzierung durch Investoren oder Spender ist Bedingung für die Sanierung der Multihalle im Herzogenriedpark.
- Ein Lapidarium sollte Mannheims Schätze der Vergangenheit für die Zukunft allen Bürgern zugänglich machen. Eine Eignung der Multihalle sollte hierfür eingehend geprüft werden.

DIGITALISIERUNG

- E-Government ausbauen
- Bürgerdienste in einem Online-Bürgerservice weitest möglich zugänglich machen.
- Online-Anmeldeverfahren für Baugenehmigungen
- Das elektronische Meldesystem für Kinderbetreuung (MEKI) optimieren und anwenderfreundlich gestalten
- Ausbau des Datenschutzes bei der Stadtverwaltung. Dafür muss genügend Personal bereitgestellt werden.
- Einführung eines elektronischen Parkleitsystems, um Parkflächen effizient zu nutzen, was die Suche nach Parkplätzen verkürzt und damit Lärm und Emissionen verringert. In diesem Zusammenhang sollen auch elektronische Bezahlssysteme für Parkscheine etabliert werden.
- Integrierte Mobilitätssysteme für die gesamte Region entwickeln
- Open-Data der Verwaltung erweitern
- Wir begrüßen die Entwicklung des Modellprojekts der Smart-City auf Franklin, wo neue und innovative Konzepte für die Stadtentwicklung erprobt werden. Bei späteren Sanierungen sollten die erfolgreich entwickelten Konzepte auch in anderen Stadtteilen umgesetzt werden.
- Glasfaserausbau der Stadt vorantreiben
- Onlineplattform E-Health zur engeren Vernetzung der medizintechnischen Unternehmen

ENERGIE

- Neutrales Beratungsangebot zu Energiesparen, energetischer Sanierung und Landes- sowie Bundesförderung bei der Klimaschutzagentur bündeln
- Energetische Sanierung von städtischen Liegenschaften muss sich rechnen. Kein Passivhausstandard, wenn Sanierung nicht wirtschaftlich.
- Wir die Vorlage eines Konzepts zur Zukunft des Großkraftwerks und zur sicheren und kostengünstigen Versorgung mit Fernwärme für die Zeit nach dem Kohleausstieg.
- Energetischen Gebäudesanierung öffentlicher Gebäude weiter vorantreiben
- Keine Windräder im Stadtwald

FACHKRÄFTE-MANGEL

siehe Arbeitsmarkt

FAMILIE, JUGEND UND SENIOREN

siehe auch Seniorenpolitik

- Aufnahme von Kindertagespflegeangeboten in MEKI (elektronisches Meldesystem Kinderbetreuung)
- Vergabe der Kinderbetreuungsplätze gemeinsam mit den freien Trägern optimieren, z.B. durch Aufnahme kleiner freier Träger
- Mannheimer Familienpass erhalten
- In der Kinderbetreuung mehr Kooperationen mit Vereinen anstreben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu steigern
- „Offensive Familienfreundliches Mannheim“ starten: Online-Plattform auf Homepage der Stadt integrieren, die neben dem bisher schon bestehenden Kindergarten-Finder eine Suchmaschine für Freizeitmöglichkeiten, Spielplätze, inklusive Angebote und Ferienangebote erhält (analog zum Online-Angebot der Stadt Heidelberg)
- Schwerpunkt beim Ausbau von Grundschulen zu Ganztageschulen – je nach Wunsch der Schulgemeinschaft als offene, teilgebundene oder gebundene Ganztagschule

- Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird: flexiblere Betreuungszeiten bei der Kinderbetreuung, angepasst an die Realität von Berufstätigen von 7 bis 19 Uhr, 24-Stunden-Kita als Angebot (beispielsweise für Eltern, die nachts arbeiten)
- Bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder auch in den Ferienzeiten
- Kinder- und Jugendbeteiligung weiter fördern und besser mit anderen Beteiligungsprozessen verzahnen, z.B. EKI-Prozess, Bezirksbeiratsarbeit, Erhalt Büro 68!Deins, Evaluation des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung
- Eltern-Kind-Zentren erhalten und bedarfsorientiert auch in anderen Stadtteilen ausbauen
- Programm „Frühe Hilfe“ erhalten und ausbauen
- Vermeidung von Kindeswohlgefährdung hat oberste Priorität: Angemessene personelle Ausstattung des Jugendamts besonders auch vor dem Hintergrund der steigenden Belastung durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.
- Kinder- und Seniorenfreizeiten für Bedürftige erhalten
- Jugend- und Seniorentreffs nicht weiter ausdünnen, Kooperation mit Vereinen fördern
- Mobile Jugendarbeit ausbauen und überprüfen, in welchen Stadtteilen feste Jugendtreffs sinnvollerweise errichtet werden müssen
- Seniorenrat sowie AG Barrierefreiheit frühzeitig einbinden bei der Stadtentwicklung und einzelnen Neubau- und Sanierungsprojekten
- Angebot an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen bedarfsgerecht ausbauen, auch im Bereich bezahlbarer Wohnraum
- Seniorenberatung erhalten und besser kommunizieren
- Frauenhäuser erhalten und Verstärkung der Bemühungen um Kofinanzierung aus der Metropolregion
- Frauen- und Mädchennotruf unterstützen

FLUSSUFER

- Mannheim muss seine attraktive Lage an zwei Flüssen unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und des Hochwasserschutzes besser nutzen.
- Masterplanung blau_Mannheim_blau 2020 als Grundlage nutzen, wobei Nutzungskonflikte, z.B. im Hafengebiet, vermieden werden sollen
- Mehr Toilettenanlagen (auch barrierefrei) an den Flüssen, um den Freizeitwert zu erhöhen
- Verbesserung der Parkplatzsituation für die Anwohner an der Rheinpromenade prüfen
- Busparkplätze an den Schiffsanliegerstellen an der Rheinpromenade schaffen, ohne PKW-Stellplätze dabei zu reduzieren

- Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms
siehe Umwelt
- Die Chancen der Umgestaltung des Technischen Rathauses am Collini-Center zu besserer Anbindung des Cahn-Garnier-Ufers und des Hans-Böckler-Platzes an den Neckar ermöglichen; Umlenkung des Verkehrs weg von der Uferstraße durch die Hans-Böckler-Straße zurück auf den Ring

GENOSSENSCHAFTEN UND BAUGEMEINSCHAFTEN

- Unterstützung des Genossenschaftswesens, z.B. der Familiengenossenschaft und Wohnungsgenossenschaften
- Unterstützen von privaten Baugemeinschaften (z.B. durch Beratung, Workshops, Infotage) insbesondere auf den Konversionsgeländen
- Verstärkte Wohnungsprivatisierung von GBG-Wohnungen an Mieter zur Erhöhung der Eigentumsquote als Instrument der Altersvorsorge

GESUNDHEIT

- Weitere Optimierung der Kooperation Suchtberatungsstellen in unterschiedlicher Trägerschaft zur nachhaltigeren und effizienteren Versorgung der Süchtigen in Mannheim
- Stadtklima durch Ausbau und Erhalt von Frischluftschneisen verbessern
- Mehrgenerationen-Trainingsanlagen ausbauen und Freiraum für vereinsungebundene Bewegungs- und Sportarten gestalten
- Wir unterstützen das Sanierungskonzept des Klinikum Mannheim, damit in Zukunft wieder ein wirtschaftlicher Betrieb möglich wird. Das Klinikum ist wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung der Region und des Wissenschaftsstandorts Mannheim und sichert die

kompetente Ausbildung zukünftiger Ärzte am Standort Mannheim.

- Wir unterstützen die erfolgreiche Arbeit des Gesundheitstreffs, der im Rahmen der Selbsthilfe im Gesundheitswesen auf kommunaler Ebene aktiv ist.
- Die FDP spricht sich für eine flächendeckende Einführung für eine grundsätzliche Gesundheitserziehung und -Aufklärung in BW aus.
- Wir wollen, dass das Universitätsklinikum Mannheim auch in Zukunft ein Zentrum der Maximalversorgung sein wird.

GLEICHSTELLUNG

- Die in Artikel 3 unseres Grundgesetzes konstatierte Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein erklärtes Ziel liberaler Politik. Bestehende Benachteiligungen in Bereichen, in denen ein Geschlecht unterrepräsentiert ist, möchten wir abbauen, um Chancengleichheit zu schaffen – in Mannheim und ganz Deutschland. Die für liberale Politik zentrale Möglichkeit der Selbstbestimmung und persönlichen Entwicklung, muss für Männer und Frauen gleichermaßen möglich sein, ebenso wie für Personen, die sich als divers einstufen.
- Konsequente Umsetzung des Chancengleichheitsplans

GRUNDSTEUER

- Die Grundsteuer ist für die Stadt Mannheim eine wichtige Einnahmequelle, da sie stabile und damit planbare Einnahmen garantiert. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die derzeitige Bemessung der Grundsteuer für Immobilien auf Grund der überholten Einheitswerte und dadurch entstehenden Ungleichbehandlungen als verfassungswidrig erklärt hat, warten die Städte und Gemeinden auf eine gesetzliche Neuregelung in 2019. Da die Grundsteuer von den Vermietern in die Nebenkosten mit eingerechnet werden, trifft sie Eigentümer wie Mieter gleichermaßen.

- Die FDP setzt sich deshalb im Interesse eines Bürokratieabbaus für ein einfaches Verfahren zur Erhebung der Grundsteuer ein, das zugleich mehr Zielgenauigkeit bei der Bemessung schafft, und in Mannheim für moderatere Grundsteuer-Hebesätze.
- Die vom Finanzminister vorgeschlagene Grundsteuerreform lehnen wir als zu kompliziert, bürokratisch und nicht aufkommensneutral ab.

GRÜNFLÄCHEN UND PARKANLAGEN

- Städtische Parkanlagen in gepflegtem Zustand erhalten und städtische Grünanlagen in allen Stadtteilen optimieren

- Förderung von Grünflächenpatenschaften, vor allem auch in Wohngebieten
- Ersatzpflanzungen bei notwendigen Baumfällungen müssen zeitnah erfolgen.
- Prioritätenliste für Spielplatzinstandsetzung, Modellprojekte Kooperation Städtisches Engagement und private Spielplatzpatenschaften zügig abarbeiten, Ausstattung der Spielplätze auch im Hinblick auf die Inklusion verbessern
- Erhöhung des Etats für Spielplatzinstandsetzungen
- Nutzung der Wasserturmanlage und des Europaplatzes für bedeutende Veranstaltungen weiterhin in begrenztem Umfang ermöglichen und eine Veranstaltungskonzeption für diese Plätze vorlegen

- Wir betrachten die Friedrichsplatanlage und den Wasserturm als ein Wahrzeichen Mannheims und daher als besonders schützenswert. Wir fordern, dass gegen Vandalismus vorgegangen wird, um die Gepflegtheit und Sauberkeit dieser Visitenkarte Mannheims sicher zu stellen.
- Baumfällungen müssen sorgfältig auf die Notwendigkeit geprüft werden

siehe auch Umwelt

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

- Schuldenabbau als strategisches Ziel einführen, eine Verschuldungsquote definieren
- Überprüfung von Privatisierungen einzelner städt. Beteiligungen
- Eine Re-Kommunalisierung der MVV Energie AG lehnen wir ab. Eine Aufstockung der Aktienpakete sehen wir daher nicht als Notwendigkeit.
- Notwendigkeit und Umfang städtische Aufgaben ist kritisch mit dem Ziel zu prüfen, Ausgaben zu reduzieren, z.B. städtischer Statiker, Baugutachter.
- Entschuldungsrat für Mannheim
- Mittelfristig Rückkehr zu vier Bürgermeisterstellen

- Personalkosten in der Verwaltungsspitze reduzieren: keine Dienst- und Werkverträge für hochbezahlte Beratungstätigkeiten am Gemeinderat vorbei beschließen
- Wir fordern eine Personalkostenbremse durch eine Begrenzung der Personalaufwandsquote auf 25% der städtischen Ausgaben.
- Anzahl von Gutachten von externen Beratern reduzieren und verstärkt die vorhandene Kompetenz in der Verwaltung nutzen
- Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -Mitarbeiter statt externe Moderatoren bei städtischen Veranstaltungen
- Aufgabenreduzierung der Verwaltung, z.B. Fachbereich Managemententwicklung mit Fachbereich Personal und Organisation zusammenlegen

- Wir fordern die Aufstockung der Landespolizei in Mannheim um den mit weniger Kompetenzen ausgestatteten Kommunalen Ordnungsdienst sukzessive reduzieren zu können.

INFRASTRUKTUR

siehe auch Radverkehr

siehe auch Verkehr

- Straßen-, Brücken- und Schul-sanierungen forcieren
siehe Teil A
- Demografischen Wandel berücksichtigen – Überprüfung der vorgehaltenen Infrastruktur auf Barrierefreiheit und Bedarf
- Erhalt des City Airports Mannheim

- Ausbau der ICE-Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim mit Ertüchtigung des Mannheimer Hauptbahnhofs weiter vorantreiben
- Wir begrüßen die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene. Beim geplanten Ausbau der Güterverkehrstrassen fordern wir optimalen Lärmschutz für die Anwohner an Neubau- und Bestandsstrecken, eine Güterverkehrsumfahrung, damit nicht alle zusätzlichen Güterzüge über die Riedbahn geführt werden müssen, sowie eine Trog- oder Tunnellösung – wo immer möglich analog zu Offenburg und Planung Frankfurt
- Lärmschutz ist Gesundheitsschutz deshalb muss Lärm bestmöglich reduzieren werden.

- Dritte Rheinquerung zwischen Altrip und Neckarau endlich umsetzen, eine Tunnellösung erhöht die Akzeptanz der betroffenen Gemeinden!
- Die Stadtumfahrung Mannheims komplettieren durch Bau der lange schon geprüften Westtangente von der A6 in Sandhofen über die Friesenheimer Insel bis zur Kurt-Schumacher-Brücke, um Durchgangsverkehr aus der Stadt heraus zu halten
- Seilbahn zur Rheinquerung mindestens für die Zeit der Brückensanierung mit anschließender Evaluation
- Ausbau und Optimierung des Radwegenetzes, indem Radwege verbunden werden und nicht einem Flickenteppich gleichen.

- Radschnellwege nur dort, wo ökologisch und verkehrstechnisch sinnvoll – einen Radschnellweg quer durch das Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au lehnen wir ab.
- Ausschreibungen für legales Graffiti z.B. mit Stadtteilmotiven oder Motiven der Stadtgeschichte
- Unterführungen barrierefrei sanieren und besser beleuchten, um Angsträume zu beseitigen
- Zustandsbericht für öffentliche Immobilien wieder neu auflegen und nach Priorität sanieren
- Baustellenmanagement verbessern
- Frühzeitige und stadtteilbezogene Information der Anwohner bei Baumaßnahmen in der Nachbarschaft

- Information an Bauprojekten der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften über Vorhaben und Umfang verbessern, insbesondere auch über den Kostenrahmen, z.B. mit Verweis auf Internetseite über QR-Codes
- Wir begrüßen, dass im Zuge der Konversion des Benjamin-Franklin-Villages jetzt auch die Stadteinfahrt B38 als Stadtstraße neugestaltet wird (frühere Verlangsamung des Verkehrs, weniger Parallelsuren, dafür Attraktivierung). Unabdingbar dabei ist, dass der Verkehrsfluss auch künftig gewährleistet ist. Die Sanierung der Straßenführung, Entwässerung, des Parkraums im Sportpark Pfeifferswörth / Neckarplatt muss dringend umgesetzt werden.
- Kurzstreckenticket nicht nur in den Quadraten, sondern auch

- in den Vororten einführen (auch in Zeiten des elektronischen Tickets, welches wir begrüßen obwohl nicht für alle Bürger zugänglich ist)
- In allen Mannheimer Stadtteilen Errichtung öffentlicher, mit EURO-Schlüssel zugänglicher rollstuhlgerechter Toiletten. Die Verantwortung für Pflege und Reinigung ist vor Einrichtung im jeweiligen Stadtteil zu klären. In großen oder weitläufigen Stadtteilen wie z.B. Käfertal muss in Käfertal-Nord und Im Rott eine solche installiert werden.
- ÖPNV-Angebot verbessern (dichtes Streckennetz, bessere Taktung bei erschwinglichen Preisen auch nach der zweijährigen Modellphase, Kurzstreckentickets, optimale Anbindung der neuen Stadtbezirke Glücksteinquartier, Franklin, Käfertal-Süd)

- die Umstellung von städtischen Bussen auf emissionsarme Antriebe
- Lieferverkehr in die zentrale Innenstadt auf Elektrofahrzeuge begrenzen, um Lärm und Abgasbelastung zu reduzieren
- Park & Ride-Parkplätze einrichten an den Stadteingängen mit Umsteigemöglichkeit auf ÖPNV z.B. an der neu gestalteten B38
- Neckaranbindung beim Verkauf des Collini-Centers transparent machen
- Die Chancen der Umgestaltung des Technischen Rathauses am Collini-Center zu besserer Anbindung des Cahn-Garnier-Ufers und des Hans-Böckler-Platzes an den Neckar ermöglichen; Umlenkung des Verkehrs weg von der Uferstraße durch die Hans-Böckler-Straße zurück auf den Ring
- Bessere Anbindung des Lindenhofs an die Innenstadt, z.B. durch Öffnung des Posttunnels
- Integriertes Mobilitätskonzept mit Vernetzung aller Angebote (Bahn, ÖPNV, Taxi, Carsharing, Leihfahrrad usw.) auf einer Plattform (App) für Mannheim und optimalerweise die gesamte Region
- Umsetzung der 2. Stufe des S-Bahn-Ausbaus beschleunigen, um Verkehr auf der Straße zu reduzieren und Pendler zu unterstützen
- Staus bekämpfen mit Hilfe eines gemeinsamen Verkehrskonzeptes der Gesamtregion
- Wir wollen, dass die Stadt weiterhin zugänglich für PKW bleibt.

INTEGRATION

- Gezielte Unterstützung für die Kinder von Zuwanderern durch mehr Lehrerstunden
siehe auch Bildung
- Unterstützungsfonds „Zuwanderung aus Südosteuropa“ erhalten.
- Weiterer Ausbau der frühzeitigen Sprachförderung bei Kindern unter Einbeziehung der Eltern
- Unterstützung der (z.B. Sport-) Vereine als Integrationsförderer
- Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie leben
- Unterstützung von Firmeneinhabern Kleiner und Mittlerer Unternehmen mit Migrationshintergrund bei der Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen.

Dies dient der Qualifizierung von Jugendlichen und der Integration gleichermaßen. Die Handwerkskammer ist nach unserer Auffassung ein geeigneter Ansprechpartner.

siehe auch Teil A

KLINIKUM

siehe Gesundheit

KONVERSION

siehe Stadtentwicklung

KULTUR

- Wir unterstützen die Generalisierung des Nationaltheaters (NTM) und fordern dabei:
 - Einhaltung des Kostenrahmens
 - Ersatzspielstätten in der vierjährigen Schließungszeit möglichst kostengünstig und mit Blick auf die Zeit danach herrichten
 - mehr finanzielle Beteiligung der Metropolregion am NTM auch über Landesgrenzen hinweg
 - Gleichbehandlung des Nationaltheaters Mannheim mit den anderen Landesbühnen in Stuttgart und Karlsruhe (die mit deutlich mehr Landesmitteln gefördert werden)
- Wirtschaftliche Führung des NTM mit dem Ziel, den Deckungsbeitrag zu erhöhen
- Kultur-Leuchttürme, wie die Reiss-Engelhorn-Museen weiterhin fördern
- Förderung der freien Kulturszene durch mehr Proberäume und Bühnen für Mannheimer Künstler in den Stadtbezirken statt Zentralisierung in einem neuen Zentrum für Darstellende Kunst mit eigener Intendanz
- Musikhochschule in Mannheim in vollem Umfang erhalten („Mannheimer Schule“)
- Förderung der kulturellen Vielfalt in den Quartieren durch Initiativen wie beispielsweise die orientalische Musikakademie

- Freie Szenen nicht nur im Musikbereich fördern, z.B.: Streetart, Science Slams
- Bessere kulturpolitische Zusammenarbeit in der Metropolregion

METROPOLREGION

- Zusammenschluss der regionalen Energieagenturen
- Bessere Kooperationen der kulturellen Einrichtungen, um Synergien zu nutzen
- Kooperationen bei Angeboten und Veranstaltungen, z.B. in den Bereichen Sport, Kinderbetreuung, Integration, Angeboten für Senioren
- Intensive Kooperation bei Konversion beibehalten
- Bessere Absprachen bei Ausweisung von neuen Gewerbegebieten,

- Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit z.B. bei Gewerbegebieten
- Gemeinsames Verkehrskonzept statt Kirchturmdenken

MITTELSTANDSPOLITIK

siehe auch Arbeitsmarkt

siehe auch Wirtschaft

- Gewerbesteuer- und Grundsteuer-Hebesätze senken, zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Mannheim
- Keine weiteren Sondersteuern einführen, vorhandene auf Verhältnis Aufwand/Ertrag und Notwendigkeit prüfen

- Abbau von Bürokratie und Ausbau von E-Government (Effizienzsteigerung, Vereinfachung und mehr Transparenz von Verwaltungsprozessen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken)
- Förderprogramme speziell auf die Anforderungen der kleinen und mittleren Unternehmen ausrichten
- Förderung von Existenzgründungen, z.B. Ausbau durch Kreatech-Programm
- Zentrenkonzept strikt einhalten und an die Konversion anpassen
- *siehe auch Wirtschaft*
- Gute Betreuung der Bestands-gewerbetreibenden, um diese am Standort zu halten

- Stadtteilzentren sanieren, modernisieren, Parkraum schaffen, um Attraktivität auch für Einzelhandel und Handwerk zu erhöhen
- Wir fordern die Stadt Mannheim auf alle Maßnahmen zu ergreifen, um Dieselfahrverbote zu verhindern.
- Konkurrenz von Beschäftigungsförderungprojekten und stadteigenen Betrieben und Dienstleistungen zur Privatwirtschaft schadet vor allem dem Handwerk und Gewerbe vor Ort und ist zu vermeiden.
- Kleine und mittlere Unternehmen beraten und unterstützen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen, Arbeitgeber mit Migrationshintergrund einbeziehen

MOBILITÄT

siehe Verkehr

ÖPNV

siehe Verkehr

RADVERKEHR

- Komplette Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr – angeglichen an die Zufahrt von LKWs von 20 bis 11 Uhr
- Ganztägige Querungsmöglichkeiten für den Radverkehr in den Planken und auf der Breiten Straße ausweiten

- Lückenschluss Uni-Hauptbahnhof durch eine Fokussierung auf den Radweg hinter der Uni zum Bahnhof und Einrichtung einer exklusiven Fahrradstraße in den Quadranten (zwischen den L und M Quadranten bzw. den A und B Quadranten)
- Sinnvolle Lückenschließung des Radwegenetzes
- Umsetzung des 21-Punkte-Programms zur Förderung des Radverkehrs
- Radschnellwege dort, wo ökologisch und verkehrstechnisch sinnvoll. Einen Radschnellweg quer durch das Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au lehnen wir ab.

SENIORENPOLITIK

- Förderung der Selbständigkeit im Alter durch Förderung des barrierefreien Umbaus im Bestand sowie Förderung von Senioren-Wohngemeinschaften
- Barrierefreie Gestaltung des ÖPNV
- Kurzstreckentickets stadteil-spezifisch ausbauen
- Wir sehen die Vorteile der Digitalisierung, jedoch müssen auch für ältere und nicht digitale versierte Menschen alle Angebote der Stadt auch weiterhin gut zugänglich sein, z.B. müssen die Bürgerdienste in den Stadtteilen erhalten, die Nahversorgung gesichert bleiben.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, z.B. Optimierung der Straßenbeleuchtung
- Förderung und Erstellung von Orientierungshilfen für Geh- und Sehbehinderte
- Bedarfsgerechtes Wohnungsangebot an Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen, barrierefreie Wohnung und Infrastruktur sind anzustreben

siehe auch Barrierefreiheit

- Seniorengerechter Umbau im Bestand und im Quartier bei öffentlichen Gebäuden vorantreiben, im Privatbestand unterstützen durch unabhängige Beratung
- Erhalt der wohnungsnahen Versorgungsstrukturen durch konsequente Umsetzung des Zentrenkonzeptes
- Barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden, Sportstätten, Kulturinstitutionen

- Seniorenrat und AG Barrierefreiheit frühzeitig in Stadtentwicklungsprozesse und Seniorenbelange einbinden
- Ermöglichen der Teilhabe für Hilfebedürftige
 - Seniorenfreizeiten für Bedürftige erhalten
 - Seniorentreffs nicht weiter ausdünnen, Barrierefreiheit beachten, Kooperation mit Vereinen fördern
 - Kostenfreie Beratung und Schulung von Ehrenamtlichen in der Seniorenpolitik, z.B. von Heimbeiräten
 - Pflegestützpunkte bewerben
- Ermöglichen der Teilhabe für ehrenamtlich Aktive
- Förderung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit

SICHERHEIT UND KATASTROPHENSCHUTZ

- Der Brandschutzbedarfsplan ist kontinuierlich umzusetzen, vor allem der Personalbedarf ist bei Weitem noch nicht gedeckt.
- Berufs- und Freiwillige Feuerwehr angemessen ausstatten
- Keine Qualitätsabstriche bei Neubau und Sanierung der Feuerwachen
- Zusammenführung der integrierten Leitstelle für den Bereich Mannheim in der neuen Hauptfeuerwache zügig umsetzen

- Die Landesregierung muss für eine Verbesserung der Personalsituation bei der Mannheimer Polizei sorgen, damit diese ihre originären Aufgaben wahrnehmen kann. Der Kommunale Ordnungsdienst soll perspektivisch abgeschafft werden, da er nicht über die notwendige Ausbildung, Ausstattung und Bevollmächtigung verfügt, um den komplexen Aufgabenstellungen gerecht zu werden.
- Rettungsdienste unterstützen, z.B. durch Ausbildung von Berufsfeuerwehrleuten als Rettungssanitäter und Notfallsanitäter, damit kurzfristigere Hilfe an Unfallorten gewährleistet ist
- Schul- und Radwegesicherheit gewährleisten
- Angsträume in der Stadt identifizieren und entschärfen z.B. durch Beleuchtungskonzepte
- Einsatz von Algorithmus-basierter Videoüberwachung ausschließlich an statistisch nachgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten, sofern Datenschutz und die persönliche Privatsphäre gewahrt werden kann.

SPORT*siehe auch Bäder*

- Wir erkennen das hohe ehrenamtliche Engagement der im Sport engagierten MannheimerInnen an. Daher setzen wir uns weiterhin für eine auskömmliche Sportförderung im Spitzen-, im Breiten- sowie im vereinsungebundenen Sport ein.
- Sportförderung in mindestens gleichem Umfang erhalten
- Jugendförderung im Sport stärkt Gesundheitserhalt, soziales Miteinander, Gewaltprävention, Integration und Inklusion.
- Umsetzung des Bäderkonzepts, das den Bedarf des freien Schwimmens und des Vereins- und des Schulsports abdeckt
- Endlich ein Gesamtnutzungskonzept für das Herschelbad erarbeiten und umsetzen, das den wirtschaftlichen Betrieb einerseits und den Erhalt des Bades für breite Schichten der Bevölkerung, zu moderaten Preisen, andererseits gewährleistet. Den Vorschriften des Denkmalschutzes und der historischen Anmutung des Gebäudes ist auch bei der Innensanierung Rechnung zu tragen.
- Sportstättensanierung, v.a. Brandschutzsanierung kontinuierlich abarbeiten
- Sportpark Pfeifferswörth / Neckarplatt aufwerten, vor allem hinsichtlich Straßenführung, Beleuchtung, Entwässerung, Parkraum ertüchtigen
- Die Gespräche der Vereine zu einem Sportpark Seckenheim positiv begleiten

- Unterstützung der Vereine beim barrierefreien Umbau der Zugänge zu Sportstätten im Sinne der Inklusion
- Wir setzen uns für Mehrgenerationen-Sportanlagen und Projekte wie „Sport im Park“ ein, denn sie bieten niederschwellige Bewegungsangebote für alle Altersklassen.

STADT MANNHEIM ALS ARBEITGEBER

- Den Stellenplan der Stadt Mannheim strikt einhalten und nicht durch Verschieben von Funktionsstellen (Beauftragte) in die städtischen Gesellschaften umgehen.

- Im jährlichen Personalbericht sollen zusätzlich zu den ausbezahlten Überstunden die insgesamt angefallenen Überstunden (im laufenden Jahr und kumuliert) ausgewiesen werden.
- keine Dienst- und Werkverträge für hochbezahlte Beratertätigkeiten am Gemeinderat vorbei beschließen
- Gleichstellung gemäß Chancengleichheitsplan vorantreiben, besonders auch in den Führungsebenen der Verwaltung und in den städtischen Gesellschaften

STADT-ENTWICKLUNG UND KONVERSION*siehe auch Infrastruktur**siehe auch Verkehr*

- Wir sind gegen die Sozialquote, denn diese schränkt Investitionen in den Wohnungsmarkt unnötig ein und führt dadurch zu einer weiteren Verteuerung von Wohnraum.
- Bedarfsgerechten, bezahlbaren Wohnraum entwickeln in allen Segmenten und die in Baden-Württemberg weit unterdurchschnittliche Eigentumsquote in Mannheim erhöhen
- Mehr attraktive Bauflächen für junge Familien ohne überregulierte Bauvorschriften
- Umfangreiche Flächen zur Landschaftsentwicklung und

für Frischluftschneisen nutzen

- Ausreichend attraktive Neubau und Erweiterungsflächen für Industrie, Gewerbe, Einzelhandel, Dienstleister vorhalten, um Unternehmen in der Stadt zu halten und neue zu gewinnen. Dabei das Zentrenkonzept strikt einhalten
- Die Idee der Ingenieursmeile weiter entwickeln, um die innovative Bedeutung Mannheims von gestern bis heute zu verdeutlichen.
- Eigenständige und lebendige Vororte erhalten, Stadtteilzentren fortlaufend sanieren.
- Echte Bürgerbeteiligung bei Stadtentwicklung sicherstellen
- Tattersall sanieren und aufwerten, parallel zum Ausbau der Stadtbahnhaltestellen in diesem Bereich

- Entscheidung über die Zukunft des städtischen Teils des Collini-Centers vorantreiben, Verkehrsführung und Zugang zum Fluss in diesem Zuge attraktiver gestalten, die Stadt näher ans Wasser anbinden
- Erhalt der verbliebenen historischen Bausubstanz
siehe auch Denkmalschutz
- Zugang zu den Flüssen schaffen, z.B. am alten Messplatz, im Bereich Collini-Center, Umsetzung von Konzepten „Leben am Fluss“ wie z.B. Blau_Mannheim_Blau
- Stadtentwicklungsplan erstellen, der zukunftsgerichtet verschiedene Lebensaspekte wie „Wohnen-Arbeiten-Leben-Demographie-Barrieren abbauen“ zusammenführt
- Unterführungen sanieren
- Aufwertung der Breiten Straße und der Nebenstraßen
- Nach Plankensanierung zeitnah Nebenstraßen angehen und das neue Pflaster professionell pflegen
- Die Sauberkeit auf den öffentlichen Plätzen der Innenstadt verbessern
- Vorschläge aus dem EKI-Prozess zur Attraktivierung der Innenstadt umsetzen
- B38 umbauen zur Stadtstraße und aufwerten als Stadteingang. Der Verkehrsfluss muss gewährleistet bleiben.
- Das smart city-Konzept auf Franklin vollständig umsetzen inklusive Stadtbahnbindung
- Grünzug-Nordost als Freischluftschnaise und pflegeextensiver Erholungsraum umsetzen
- Infrastruktur für Nahverkehr und Gemeinwesen (KiTa, Schulen, Sport usw.) zügig umsetzen in den Neubauge-

- bieten Glücksteinquartier, Franklin, Spinelli-Bebauung
- Konzepte zur Sanierung und Modernisierung von Luisenpark und Herzogenriedpark zügig umsetzen
- Evaluation, inwieweit die Implementierung des Gestaltungsbeirats die Bauqualität verbessert hat bzw. falls ja, zu welchem Preis

TOURISMUS

- Tourismus der Flusskreuzfahrtschiffe besser für Mannheim nutzen
- Flussufer attraktiver gestalten: Insbesondere bietet die anstehende Veräußerung des kleineren Collini-Turms (ehem. Technisches Rathaus) hier neue Chancen der Gestaltung von Infrastruktur am Wasser.

- Aufwertung der Rheinpromenade zwischen Konrad-Adenauer-Brücke und der Schiffsanlegestelle Viking River Cruises als attraktives Eingangstor zur Stadt Mannheim
- Auf grünen Achsen ins Quadrat: Der erste Eindruck, den Touristen von Mannheim bekommen, soll durch Begrünung aller Zufahrtswege nach Mannheim, z.B. der B38 von Norden und der Rheinbrücken von Westen verbessert werden.
- Tourist-Information am Hauptbahnhof saisonal auch an Sonn- und Feiertagen öffnen
- Nah-Tourismus fördern
- Stadtmarketing auf touristische Öffentlichkeitsarbeit fokussieren

UMWELT

- Konsequenzen aus LärmAtlas ziehen und notwendige Maßnahmen zügig umsetzen
- Ausbau und Optimierung des Radwegenetzes
siehe auch Infrastruktur
- Binnen- vor Außenentwicklung: Flächenrecycling, z.B. von Konversionsflächen und Industriebrachen, vorrangig vor Neuausweisung von Bauflächen
- Optimierung des Fernwärmenetzes
siehe auch Energie
- Dachbegrünungen etc. zur Verbesserung des Klimas und der Aufenthaltsqualität
- Grünpflegepatenschaften fördern
- Einführung Kurzstreckenticket
siehe auch Verkehr
- Lokale und regionale Handlungsmöglichkeiten zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung prüfen und umsetzen
- Wärmedämmung und Energiesanierung an öffentlichen Gebäuden durchführen – aber nur dort, wo eine tatsächliche Kosteneffizienz realisiert werden kann
- Zusammenschluss der regionalen Energieagenturen
- Erhalt und Schaffung von Freiflächen und Freischluftschnaisen, z.B. im Rahmen des Grünzugs Nordost
siehe auch Stadtentwicklung
- Bau der Westtangente, um insbesondere die Innenstadt und Jungbusch von Lärm, Feinstaub und Stickoxiden zu entlasten.

- Ausgleichspflanzungen in den Stadtteilen umsetzen in denen Fällgenehmigungen erteilt wurden.
- Das Volumen an Luftaustausch durch Bäume muss erhalten oder besser noch weiter erhöht werden. Das heißt, dass die Pflanzung eines einzigen jungen Baumes als Ersatz nicht ausreicht, wenn ein alter, großer Baum gefällt werden muss.
- Mehr Transparenz zur Anlage und Umsetzung von Ausgleichspflanzungen
- Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms durch Stadt und Land muss nach neuesten Erkenntnissen ohne massenhafte Baumfällung durchgeführt werden
- Bewusstsein schärfen zur Entsiegelung von Flächen zur Stabilisierung des Grundwasserspiegels
- Geeignete Maßnahmen zur Eindämmung von Feinstaub in der Innenstadt treffen (z.B. Optimierung der Ampelphasen für fließenden statt für stehenden Verkehr)
- Modellkommune Ausbau ÖPNV, Anbindung der neuen Stadtquartiere
- Geeignete Wildblumenmischungen auf öffentlichen Grünflächen als Nahrungsquelle für bestäubende Insekten anpflanzen
- Kein Eingriff in Landschaftschutzgebiete durch Bodenversiegelung und Lichtverschmutzung in Form „ökologischer“ Radschnellwege
- Gewachsene Kleingartenanlagen sind ein Bestandteil von Naturerhalt und Artenvielfalt.

VEREINE

siehe auch
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement

- Angemessene Unterstützung durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Ausübung des Vereinslebens, als Probenräume sowie ausreichende Hallenverfügbarkeiten
- Kooperationen fördern zwischen den Vereinen mit den Kindergärten, den Schulen und der Schulkinderbetreuung

VERKEHR, ÖPNV UND MOBILITÄT

siehe auch **Infrastruktur**

- Keinen ICE-Bypass: ICE-Schnellbahntrasse FRA-MA zwingend über den Hauptbahnhof Mannheim und Trassenführung im Bereich des definierten Untersuchungskorridors
- Zügige Umsetzung des Lärmschutzplans, neue Lärmschutzkonzepte im Bereich der Riedbahnstrecke prüfen
siehe Umwelt
- Ausbau Radwegenetz
siehe auch Infrastruktur
siehe auch Radverkehr
siehe auch Umwelt
- Schaffung von mehr, wenn möglich überdachten, Fahrradabstellplätzen bei Bedarfspunkten (Hauptbahnhof, Straßenbahn-Endhaltestellen, etc.)
- Erhalt des City-Flughafens: Wir begrüßen, dass Linienflugverkehr wieder aufgenommen wurde.
siehe auch Infrastruktur
- Mehr Mittel für Straßen- und Brückensanierungen sind notwendig.
- Als zweitgrößter Binnenhafen Europas ist der Mannheimer Hafen ein wichtiger Infrastrukturbestandteil Mannheims, weshalb sein Ausbau nicht behindert werden sollte.
- Die Realisierung der Westtangente zur Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr bleibt weiterhin ein Ziel der FDP Mannheim.

- Schad- und Lärmbelastung muss für die Bewohner der Stadt reduziert werden. Hierfür braucht es Umgehungsstraßen (z.B. die Westtangente).
- Sichere Mobilität mit jedem Verkehrsmittel ist anzustreben
- Den Luftlinientarif im ÖPNV unterstützen wir ausdrücklich.

VIELFALT, TOLERANZ UND DIVERSITÄT

- Wir unterstützen das Mannheimer Bündnis für Vielfalt und Toleranz, weshalb wir diese Erklärung mitunterzeichnet haben.
- Unser Anliegen ist eine offene, tolerante und freie Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen persönlichen Lebensweg frei gestalten und gehen kann.

WIRTSCHAFT

- Bestehende Cluster und Netzwerke (z.B. Biotechnologie, Medizintechnik, Musikwirtschaft) ausbauen
- Wirtschaftsförderung generell auf Zielsetzung, Effizienz und Zielerreichung überprüfen.
- Bürokratie abbauen, z.B. Anmeldeverfahren statt Genehmigungsverfahren bei Gerüstbau, einheitliche Formulare in der Metropolregion, Online-Formularangebot weiter ausbauen
- Einrichtung eines unabhängigen „Bürokratiekosten-TÜV“ mit Vertretern der Wirtschaft
- Zwingende zeitliche Vorgaben für Genehmigungen z.B. zur Beschleunigung von Unternehmensgründungen oder -erweiterungen
- Beschäftigungsförderungsprogramme mit der Privatwirtschaft abstimmen und vernetzen: Die Stadt darf nicht in Konkurrenz treten mit der Privatwirtschaft.
- Bei der Gründung und Betreuung von städtischen Beteiligungsgesellschaften sind die Vergaben an private Betreiber vorrangig umzusetzen, sofern keine Belange der kommunalen Daseinsfürsorge entgegenstehen.
- Neue kommunale Regelungsvorhaben vor Verabschiedung immer auf ihre Bürokratiekosten für Bürger und Unternehmen untersuchen
- Zentrenkonzept konsequent umsetzen und an Konversion anpassen

WISSENSCHAFT

- Investitionsstau lösen: Planung und Ausführung städtischer Investitionsprojekte stärker an Privatfirmen vergeben, z. B. an externe Ingenieurbüros
- Unterstützung bei der Gewinnung von internationalen Fachkräften
- Bedeutung der Dualen Ausbildung, der Wissenschaft, des Hochschulstandortes, der Fachhochschule, der Kinderakademie, der Dualen Hochschule und Stipendien für die Wirtschaft generell hervorheben
- Priorisierung der Wirtschaftsförderung auch auf kleine und mittelständische Handwerksbetriebe ausweiten
- Engere Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und dem Stadtmarketing
- Duale Studienmodelle, bei dem junge Menschen parallel einen Berufsabschluss und einen Hochschulabschluss erwerben können, macht die Ausbildung attraktiver und unterstützt Ausbildungsbetriebe bei der Fachkräftegewinnung.
- Die Exzellenz unseres Wissenschaftsstandorts (Universität, Hochschulen, Bildungsakademie der Bundeswehr und des Handwerks) ist ein wertvoller Standortfaktor unserer Stadt.
- Medizintechnische Fortentwicklung der Universitätsmedizin in Mannheim weiter stärken: Hier müssen Voraussetzungen erfüllt werden, sodass medizintechnische Unternehmen die Möglichkeiten haben, sich im Umfeld der Universitätsklinik niederzulassen, um eine optimale Kooperation zu gewährleisten.
- Berücksichtigung der Frischluftzufuhr und des Zugangs von der Oberstadt an den Rhein bei den Neubauplänen am Friedrichspark. Wir lehnen eine durchgehende Blockrandbebauung ab.

WOHNEN UND MIETEN

- Noch übrige Konversionsflächen bedarfsgerecht und zukunftsorientiert entwickeln und bei Wohnumfeldgestaltung auf Barrierefreiheit achten
- Maßnahmen ergreifen, um Wanderungsverluste ins Umland zu vermeiden (z.B. Anpassung der Vergabekriterien für städtische Baugrundstücke, weniger Reglementierung in Bebauungsplänen)
- Einfamilienhäuser und barrierearme Eigentumswohnungen für mittlere Einkommenschichten auf den Konversionsflächen realisieren
- Moderates Mietpreisniveau in Mannheim halten und günstigen Wohnraum durch Bestandsoptimierung und Modernisierung erreichen
- Städtische Wohnraumförderprogramme im Hinblick auf die Konversion auf Bedarfsgerechtigkeit überprüfen. Der Subventionsbedarf für Mietwohnungsbau ist im Neubau aufgrund energetischer- und bautechnischer Vorschriften zu hoch. Daher sollte sich die Mietwohnungsförderung auf Bestandsimmobilien im Mietwohnungsbau konzentrieren.
- Unterstützung neuer Wohnformen und Gründung neuer Wohnungsgenossenschaften, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen (Generationen- und Seniorenhäuser sowie Pflege-WGs)
- Eine Übererfüllung der städtischen Förderrichtlinien über bestehende energetische Standards gemäß Bundesgesetzgebung – auch bei städti-

schen Bauten – lehnen wir ab, da die Mehrkosten in keinem Verhältnis zur Energieeinsparung mehr stehen und ökonomisch nicht mehr darstellbar sind, mit der Folge, dass dadurch weniger gebaut und modernisiert wird.

- Erhöhung der Eigentumsquote zur Altersvorsorge auch im Niedrigpreissegment bei Bestandsimmobilien forcieren.
- Demografischen Wandel bei Bedarfsplanung für Wohn-gemeinde im Bestand und Neubauten berücksichtigen. Dies betrifft auch barrierefreie Gestaltung und Modernisierung der Quartiere und der öffentlichen Infrastruktur.
- Die soziale Durchmischung in Wohngebieten sollte nach unserer Ansicht nicht durch eine starre Sozialquote realisiert werden. Vielmehr setzen wir uns für einen Mix

an wohnungsbaupolitischen Instrumenten ein (z.B. Erleichterungen bei der Ausweisung von Bauland, Erhöhung der Eigentumsquote durch Förderung von Bestandsimmobilien, Vergabe von Belegungsrechten, Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften).

- Die GBG ist der wichtigste Partner der Stadt für bezahlbaren Wohnraum. Deshalb darf die GBG nicht immer weiter mit wohnungsfremden Bauaufgaben belastet werden (Strandbad, Marchivum, Technisches Rathaus u. Ä.). Hier sind in den letzten Jahren mehr als 130 Millionen Euro in städtische Hochbauten statt in den Wohnungsbau geflossen. Dieser Trend muss gestoppt werden.

A decorative yellow grid pattern with a slight perspective, consisting of thick yellow lines forming a grid of squares on a lighter yellow background.

TEIL C

Stadtteile stärken

Lebendige und eigenständige Stadtteile tragen zur Identifikation der Bürger*innen mit Ihrer Stadt und zur Steigerung der Lebensqualität in Mannheim bei.

Nachstehend finden Sie daher eine Auswahl unserer Forderungen und Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteile.

ALMENHOF

- Aufwertung der Sport- und Grünanlage „48-Platz“ zum Beispiel durch einen barrierefreien Abgang
- Sanierung der Straßen, z.B. der August-Bebel-Straße

BLUMENAU

- Rad- und Fußweg von Blumenau zur Eugen-Neter-Schule realisieren
- Landwirtschaft im Stadtgebiet wertschätzen statt erschweren (Bauen im Außenbereich, bürokratische Hürden abbauen)

FEUDENHEIM

- Unterstützung der Bestrebungen der Feudenheimer Realschule bei der Realisierung individueller pädagogischer Konzepte
- Aufnahme weiterer Kinderbetreuungseinrichtungen in den Bedarfsplan, da konstant hohe Nachfrage im Stadtteil nach verlängerten Betreuungszeiten besteht
- Abarbeitung des Sanierungsstaus bei der Mehrzahl der Straßen in Alt-Feudenheim
- Lärmschutz an der A6 und der Feudenheimer Hauptstraße erhöhen
- Verkehrssicherheit und Attraktivierung des Sportparks Pfeifferswörth unabhängig von BUGA-Planungen vorantreiben und Infrastruktur ertüchtigen (Optimierung Straßenführung, Straßensanie-

rung, Beleuchtung, Parkraum, Entwässerung)

- Spielplätze bedarfsgerecht instand setzen und gegebenenfalls Patenschaften akquirieren
- Straßenbahn-Kurzstreckenticket einführen
- Konversion Spinelli mit Herstellung des Frischluftkorridors und Grünzug Nord-Ost im offenen Prozess entwickeln, unabhängig von jeder BUGA-Planung (Freizeit, Sport, Gewerbe, Wohnen, Kultur)
- Einen zentralen Grünhof auf Spinelli lehnen wir ab.
- Im Rahmen der BUGA geringstmögliche, ausschließlich das Landschaftsschutzgebiet aufwertende Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au zulassen

- Verkehrskonzept und Parkraumkonzept für die Zeit der Bundesgartenschau vorlegen
- Parkplätze für Besucher (Sport, Freizeit) des Grünzugs vorsehen
- Beim Erhalt der U-Halle, den wir ablehnen, müssen Zufahrten und Parkplätze für Veranstaltungsbesucher dargestellt werden.
- Einen Radschnellweg quer durch das Landschaftsgebiet Feudenheimer Au lehnen wir ab, entlang des Aubuckels wäre es eine sinnvolle Alternative.
- Keine weitere Bodenversiegelung im Landschaftsschutzgebiet (Bodenplatten für Seilbahn, Radschnellweg, Aussichtsplattform)

FRIEDRICHSFELD

- Parksituation entzerren, u.a. rund um die Kirche, im Gewerbegebiet, gegen wildparkende LKWs konsequent vorgehen
- Weiteren Wohnraum schaffen durch Innenverdichtung
- Situation des Rettungszentrums prüfen
- Gartenstadt
- Sanierung des Carl-Benz-Bads zügig umsetzen
- Dringend notwendige Straßensanierungen angehen
- Frühere Einbeziehung der Bürgervereine in Entscheidungsprozesse

HERZOGENRIED UND WOHLGELEGEN

- Konsequente Umsetzung des Zentrenkonzepts: Erhalt des Einzelhandels trotz Marktkauf- und Kauflandgelände
- Förderung des Jugendhauses Herzogenried
- Förderung der kulturellen Projekte im Stadtteil, z.B. KultTour
- Begegnungsstätte für bürgerschaftliches Engagement auf Turley
- Sichere Verbindung für Radfahrer und Fußgänger zwischen Turley-Areal und Wohlgelegen
- Konzept zur Aufwertung des Herzogenriedparks zeitnah umsetzen

- Keine Sanierung der Multihalte ohne finanziell tragbares Nutzungskonzept

HOCHSTÄTT

- Quartiermanagement erhalten
- Ausbau S-Bahn-Haltestelle bei DB einfordern
- Angsträume abbauen und Beleuchtung verbessern, z.B. Gehweg anlegen und Strecke beleuchten von der Haltestelle zum neuen Netto-Markt
- Optimierung des Sperrmüllterminmanagements
- Bedarfsgerechte Öffnungszeiten des Jugendtreffs realisieren

INNENSTADT

- Besseres Baustellenmanagement in der City
- Sauberkeit und Reinigungsfrequenz erhöhen
- Nachhaltiges Nutzungskonzept für den Erhalt des Herschelbads als Volksbad entwickeln, damit eine Innenentwicklung stattfinden kann
- Aufwertung des Tattersalls
- Erstellen eines Lichtkonzeptes: Vermeidung von Angsträumen in der City im Zuge des Ausbaus der Stadtbahnhaltestellen
- Bessere Anbindung der Östlichen Unterstadt ans Neckarufer und Optimierung der Verkehrsführung in Verbindung mit dem Abriss bzw. Umbau des städtischen Teils des Collini-Centers
- Unterführungen modernisieren
- Plankensanierung wertet die Innenstadt auf und unterstützt Einkaufstourismus
- Zeitnahe Sanierung der Querstraßen des Paradeplatzes, sowie der Querstraßen zu den Planken
- Versenkbare Poller umgehend umsetzen
- 21-Punkte-Radkonzept kontinuierlich umsetzen, Lückenschluss beim Radwegenetz, Straßensanierung in den Quadranten nützt auch dem Radverkehr
- Park & Ride als Dauerangebot prüfen
- Bau der neuen Stadtbibliothek in N2 vorantreiben: Ein modernes Raumkonzept bedarf auch modernster inhaltlicher und technischer Ausstattung.

JUNGBUSCH

- Bereitstellung neuer Parkmöglichkeiten in N2 und vorrangige Vermietung an Bewohner und Gewerbetreibende
- Entwicklungskonzept Innenstadt (EKI) reaktivieren
- Stadthaus N1 ohne tragfähiges Nutzungskonzept abreißen und neu entwickeln: Einer historisierenden Rekonstruktion des historischen Stadthauses stehen wir wohlwollend gegenüber.
- Aufwertung des schäbigen Gebiets um das MVV-Hochhaus herum und an der Flussanlegestelle durch Beleuchtung
- Installation versenkbarer Poller zur Beschränkung des Kfz-Verkehrs in der Fußgängerzone Beilstraße
- Mehr Bildungsangebote und Verbesserung von Integrationsangeboten für Zuwanderer aus Südosteuropa; verstärkte Kontrollen gegen Mietwucher
- „Angsträume“ durch z.B. bessere Beleuchtung beseitigen
- Sauberkeit weiter erhöhen
- Parkraumkonzept entwickeln
- Kunst- und Kultureinrichtungen als Integrationsförderer weiter unterstützen
- Marktplatzbrunnen wieder funktionsfähig herrichten und Beleuchtung des Platzes verbessern
- Einen innenstadtnahen Standort für das Alkoholkonsum-akzeptierende Aufenthalts- und Beratungsangebot (Trinkertreff) identifizieren
- Grillrauch-Problem, verursacht durch ansässige Grillrestaurants in der Unterstadt angehen: Ein aktives Eingreifen der Stadt durch den Erlass einer entsprechenden Anordnung ist nach Jahren des nicht-Handelns erforderlich.
- Fortsetzung der gemeinsamen Aktionen von Stadt und Polizei gegen Poser und Raser
- Konsequentes Vorgehen gegen Falschparken in Kreuzungsbereichen, um Rettungswege freizuhalten

KÄFERTAL

- Ausreichend Stellplätze im Zentrum realisieren
- Konsequente Umsetzung des Zentrenkonzepts
- Aufwertung des Stempelparks
- Barrierefreier Zugang zum Seniorentreff und Erneuerung der Wegweiser
- Nach Sanierung des Ortskerns auch die Sanierung des Rathauses (u.a. barrierefreien Zugang herstellen) in Angriff nehmen
- Konversion Spinelli mit Herstellung des Frischluftkorridors und des Grünzugs Nord-Ost im offenen Prozess entwickeln, unabhängig von jeder BUGA-Planung (Freizeit, Sport, Gewerbe, Wohnen, Kultur)
- Verkehrs- und Parkraumkonzept für das Neubaugebiet Käfertal-Süd / Spinelli zeitnah entwickeln mit guter Anbindung an den ÖPNV
- Entwicklung Benjamin-Franklin-Village, ohne den Ortskern Käfertal zu schwächen (Zentrenkonzept, Attraktivität Alt-Käfertals erhöhen)
- Smart-City-Konzept auf Franklin in vollem Umfang umsetzen einschließlich Stadtbahnanbindung
- Haltestelle Bahnhof Käfertal (Neustadter Straße) barrierefrei umbauen
- Umbau der B38 zur Stadtstraße führt zu einem attraktiveren Stadteingang, muss dabei den Verkehrsfluss jedoch gewährleisten
- Park & Ride-Parkplatz im Zuge des Umbaus vorsehen

LINDENHOF

- Erhalt der noch vorhandenen historischen Gaslaternen am Reiherplatz in Kontext des Ensembleschutzes
- Wiederaufbau der geretteten Schienenfahrzeughalle in unmittelbarer Nähe von Lokschuppen und Werkstattgebäude als zusammenhängendes Ensemble
- Wiederaufbau der abgerissenen öffentlichen Toilettenanlage am Bellenkrappen
- Optimierung des fließenden Verkehrs in der Rheinaustraße
- Einhaltung Zentrenkonzept
- Verbesserung der Beleuchtung der Meerfeldstraße
- Bahngleis-Querung verbessern zwischen Lindenhof und Schwetzingenstadt (Posttunnel

in Kooperation mit der Bahn sanieren und öffnen)

- Sanierung des „Suezkanals“ (Tunnelstraße) im Rahmen der Umbauarbeiten der Deutschen Bahn AG für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer zweispurig nutzbare und sanierte Straße
- Realisierung der geplanten Neugestaltung der Kreuzung Waldparkdamm, Schwarzwaldstraße und Donnersbergstraße
- Erneuerung der Fahrbahndecke des Waldparkdamms im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Kreuzung Waldparkdamm, Schwarzwaldstraße und Donnersbergstraße
- Wiederbelebung des westlichen Fußgängerweges des Waldparkdamms für den Personenverkehr
- Ersetzen der maroden 18 Straßenlaternen am Stephanienufer durch moderne, in das Straßenbild passende LED-Leuchten
- Sicherung eines sicheren Schulweges, Realisierung eines Fußgängerüberweges in der Emil-Heckel-Straße 8 zu der Schulbushaltestelle auf der anderen Straßenseite
- Sanierung der Abschnitte 5 und 6 des Rhein-Hochwasserdamms auf dem Lindenhof nur nach neuesten Erkenntnissen, die die geplanten massenhaften Baumfällungen vor, auf und hinter dem Damm in dem Landschaftsschutzgebiet Waldpark weitgehend hinfällig machen
- Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze sowie der Schulkinderbetreuung

LUZENBERG

- Mobile Jugendarbeit dauerhaft sichern und festen Jugendtreff prüfen
- Sicherheit und Sauberkeit erhöhen
- Subjektive Angsträume abbauen durch mehr Licht

NECKARAU

- Hochwasserschutz optimieren und Baumbestand bei der Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms erhalten
- Umfassendes Verkehrsleitkonzept ab Steubenstraße / Rheingoldstraße (mit elektronischen Hinweisschildern)
- Bessere Taktung ÖPNV
- Prüfung Tempo 70 in der Rhenaniastraße möglich

- Dritte Rheinquerung, dafür nötige Mehrheiten organisieren
- Weitere Installation von Hundetütenautomaten an sinnvollen Stellen (Aufeldwege, Marktplatz, Rheingoldplatz, Waldpark, Freiheitsplatz, August-Bebel-Park) und häufigere Leerung von öffentlichen Mülleimern
- Barrierefreier Zugang zum Rathaus Neckarau
- Fahrradstraße Luisenstraße mit der Sanierung des Fahrbahnabschnitts zwischen Wingert- und Schulstraße verbinden
- Kein allgemeines Tempo 30, sondern dort, wo es die Sicherheit gebietet
- Realisierung des Kompaktbahnhofs Neckarau an der Friedrichstraße zur besseren Anbindung der Straßenbahn an die S-Bahn

- Verbesserung der Zubringerwege für den Fußgänger- und Radverkehr im Waldpark in Richtung Strandbad
- Baden am Strandbad auf eigene Gefahr erlauben und Hinweisschilder für die Gefahren beim Schwimmen im Rhein aufstellen

NECKARSTADT-OST

- Veranstaltungen auf Altem Messplatz wieder zulassen
- Zugang zum Neckar attraktiver gestalten.
- Sportpark Pfeifferswörth / Neckarplatt: Infrastruktur ertüchtigen (Optimierung Straßenführung, Straßensanierung, Beleuchtung, Parkraum, Entwässerung)

- Sowohl Gebäude als auch Einrichtung der Berufsschulen weiter sanieren und Ausstattung modernisieren

NECKARSTADT-WEST

- Aufwertung des Neckarufers
- Aufwertung der Mittelstraße zur Stärkung des Einzelhandels und der Stadtteilidentität
- Integrationsfonds und Integrationsbegleiter zur schnelleren Integration von Zuwanderern aus Südosteuropa weiterführen, finanzielle Unterstützung von Land, Bund, Europa einfordern
- Sauberkeit und Ausstattung der Spielplätze im Stadtteil optimieren in Kooperation mit Anwohnern, Quartiermanagement und Bezirksbeirat

NEUHERMSHEIM

- Optimaler Lärmschutz entlang der Riedbahnstrecke bei allen Planungen vorsehen
- Verschärfung der Parkkontrollen an den Nutzungstagen der SAP-Arena zur Entlastung der Anwohner
- Die mobile Jugendarbeit wird so gut angenommen, dass ein Standort für einen festen Jugendtreff gefunden werden muss.

NEUOSTHEIM

- Schaffung hochwertigen Wohnraumes
- Lärmschutz entlang der Riedbahnstrecke verbessern
- Generalsanierung der Johann-Peter-Hebel-Schule umsetzen

- Konzept zur Aufwertung des Luisenparks
- Aufwertung des Neckardamms im Bereich des Paul-Martin-Ufers durch die Umlenkung des Radverkehrs zwischen den Straßenbahnhaltstellen Neuostheim und Fernmeldeturm über den innen liegenden Hans-Reschke-Weg und die neu zu schaffende Fahrradstraße am Paul-Martin-Ufer

OSTSTADT

- Gestaltungs- bzw. Nutzungskonzept für den Europaplatz
- Veranstaltungen am Friedrichsplatz nicht generell verbieten
- Architektonischen Charakter des Stadtteils erhalten

- Erhalt der historischen Theresienkapelle unter Federführung privater Initiative ohne Belastung des städtischen Haushalts
- Generalsanierung Nationaltheater kontinuierlich angehen und Kostenplan einhalten
- Die Chancen der Umgestaltung des Technischen Rathauses am Collini-Center zur besseren Anbindung des Cahn-Garnier-Ufers und des Hans-Böckler-Platzes an den Neckar ermöglichen; Umlenkung des Verkehrs weg von der Uferstraße durch die Hans-Böckler-Straße zurück auf den Ring
- Wir fordern den Erhalt des Ginkobaumbestandes in der Ifflandstraße bei einer Erhöhung der Straßenreinigungsfrequenz.

- Familienfreundliche Entwicklung des Luisenparks und konstruktive Begleitung des Parkentwicklungskonzepts
 - Hier soll auch in Zukunft die Möglichkeit verbleiben, an dem Kiosk bei der Freizeithalle günstig Getränke zu erwerben
 - Zusätzliche Toilettenanlage in der Nähe des chinesischen Teehauses
 - Ausreichendes Spielplatzangebot für Kinder jeden Alters
- Ausreichende Kinderkrippen und Kindergartenbetreuung für alle Familien sicherstellen
- Vergrämung und Kontrolle des Krähenbestands z.B. durch Krähenklatschen
- Parkplatz- und Verkehrssituation verbessern

RHEINAU

- Karlsplatz barrierefrei und veranstaltungstauglich sanieren
- Straßenbahn-Kurzstreckenticket
- Zügige Sanierung des Spielplatzes an der Relaisstraße unter Einbeziehung des Quartiersmanagements gemäß dem von der Kinder- und Jugendversammlung angelegten Konzeptes
- Außenstelle der IGMH im Stadtteil verwirklichen
- Neugestaltung des Marktplatzes Rheinau mit der Schaffung von Kurzparkzonen
- Altes Relais-Haus erhalten
- Bahnunterführung am Rheinauer Bahnhof besser beleuchten – Angsträume beseitigen

- Konzept für einen Radfahrweg von Rheinau-Süd nach Neckarau, zum Beispiel über die Rhenaniastraße erstellen
- Sicherheit und Sauberkeit am Rheinauer See durchsetzen

SANDHOFEN

- Konsequente Umsetzung des Zentrenkonzeptes zur Sicherung der wohnortnahen Versorgung
- Hortplatzangebot erweitern
- Konversion auf Coleman bietet Chance auf einen attraktiveren Stadteingang im Norden, auf mehr Freizeit- und Lebensqualität und auf neue Gewerbeansiedlung. Durch Aussiedlungen aus dem Hafen 1 könnten dort attraktive Flächen frei werden.

Zudem muss für Coleman ein Mischkonzept erstellt werden, um auf der großen Fläche Wohnraum, Gewerbe und Grün- bzw. Sportflächen gemeinsam anzusiedeln.

- Theodor-Heuss-Brücke für Radfahrende tauglich umgestalten
- Sanierung der Lilienthalstraße angehen

SCHARHOF

- Neue Chancen für Stadtentwicklung durch Konversion von Coleman nutzen

SCHÖNAU

- Sanierung des Stadtteilzentrums weiter vorantreiben
- Zentrenkonzept konsequent umsetzen
- Sauberkeit der Spielplätze sicherstellen

SCHWETZINGERSTADT

- Gesamtkonzept für Schwetzinger Straße unter Berücksichtigung des fließenden und ruhenden Verkehrs
- Maßnahmen zur Beruhigung der angespannten Parksituation in den Abendstunden und rund um die Pestalozzischule sind erforderlich

- Bestehende Angebote für Jugendliche weiter stärken, anstatt neue Angebote schaffen
- Gestaltung Tattersall angehen
- Bahngleis-Querung verbessern zwischen Schwetzingenstadt und Lindenhof
- Kaiserring aufwerten
- Durchstich Heinrich-von-Stephan-Straße zu Reichskanzler-Müller-Straße
- Lärmbelastung reduzieren durch Austausch des Pflasters durch Asphalt, z.B. im Zuge anstehender Schienen-Sanierungsmaßnahmen
- Zügige Umsetzung des Neubaus der Neckarbrücke L597
- Vergrämung und Kontrolle des Krähenbestands

- Ausreichende Kinderkrippen und Kindergartenbetreuung für alle Familien sicherstellen
- Parkplatzsituation der Anwohner verbessern

SECKENHEIM

- Unterstützung der Initiative, die historische Grabmäler auf dem Seckenheimer Friedhof erfasst und an die Personen erinnern will
- Kinder- und Jugendbroschüre „Was geht ab - Seckenheim?“ als Vorbild für andere Stadtteile
- Zentrenkonzept: „Seckenheim als Unterzentrum“ aufwerten
- Zukunft des Schlosssaals sichern
- Straßenbahn-Kurzstreckenticket prüfen

- Nutzungskonzept für die Stem Baracks
- Prozess zur Einigung der beiden großen Sportvereine moderieren mit dem Ziel, einen Sportpark Seckenheim zu entwickeln

STRASSENHEIM

- Stadtpunkt bzw. Infotafel zur Historie des Kulturdenkmals Magdalenenkapelle und des alten Friedhofs errichten

VOGELSTANG

- Gute Fuß- und Radweganbindung an Franklin realisieren
- Einbeziehung in den Grünzug Nordost

- Schulstandort Geschwister-Scholl-Schulen entwickeln und Stadtteilbibliothek erhalten
- Auf die Sanierung auch der privaten Kinderspielplätze hinwirken
- Bessere Verkehrsanbindung von Taylor an die B38. Lärmbelastung für Anwohner darf durch das neue Gewerbegebiet nicht steigen
- Umbau der B38 zur Stadtstraße führt zu einem attraktiveren Stadteingang, muss dabei den Verkehrsfluss jedoch gewährleisten
- Sauberkeit und ordnungsgemäßes Parken am Vogelstangsee durchsetzen

WALDHOF

- Dringend erforderliche Sanierung der Friedrich-Ebert-Schule mit Stadtteilvertretern und Schulleitung erörtern und zügig angehen
- Attraktivierung des Stadtteilzentrums
- Leerstand von Ladenflächen in Kooperation mit Stadtteilvertretern bekämpfen
- Taunusplatz-Sanierung vervollständigen
- Lösung der Parkproblematik Nähe Speckweg

WALLSTADT

- Einbeziehung in den Grünzug Nordost
- Bedarfsgerechter Ausbau der Klein- und Schulkindbetreuungseinrichtungen

- Den öffentlichen Weg zum Jugendtreff besser beleuchten, Angsträume verhindern
- Fußweg Römerstraße von Haltestelle Vogelstang-West nach Wallstadt barrierefrei gestalten (Standort Kohler-Haus / Spastikerverein)
- Wir fordern ein Kultur- und Sportzentrum Wallstadt, in das die Freiwillige Feuerwehr integriert werden kann.

WOHLGELEGEN

siehe Herzogenried

Das Kommunalwahlprogramm wurde am 21. Februar 2019 durch Beschluss der Mitgliederversammlung angenommen.

**Für gute Politik in Mannheim
brauchen wir Ihre Unterstützung!**

Spenden nehmen wir gegen Spendenbeleg gerne an:

**FDP Kreisverband Mannheim
IBAN DE57 6709 0000 0005 0257 02
BIC GENODE61MA2
VR Bank Rhein-Neckar eG**

**Freie Demokratische Partei
Kreisverband Mannheim**
04 17, 68161 Mannheim

info@fdp-mannheim.de
www.FDP-Mannheim.de
facebook.com/FDPMannheim



Freie Demokraten

Mannheim **FDP**

www.FDP-Mannheim.de